

Friedensnobelpreis 1971 für Bundeskanzler Brandt



Friedensnobelpreis 1971

für Bundeskanzler Brandt



Herausgegeben vom Presse- und
Informationsamt der Bundesregierung

Inhalt

	Seite
Begründung des Nobelkomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises	7
Ehrung im Bundestag	9
Pressekonferenz des Bundeskanzlers in Oslo	11
Laudatio der Vorsitzenden des Nobelkomitees	18
Dank des Bundeskanzlers	33
Rede des Stortingpräsidenten	36
Tischrede des Bundeskanzlers	39
„Friedenspolitik in unserer Zeit“ Vortrag des Bundeskanzlers in der Universität Oslo	44
Dank des Nobelkomitees Antwortrede Professor Sannes	69
Ansprache von Frau Minister Myrdal	72
	5

	Seite
Ansprache des Bundeskanzlers vor der Hauptkirche in Stockholm	74
Ansprache des Bischofs von Stockholm	77
Rede des Bundeskanzlers in der Hauptkirche in Stockholm	80
ANHANG	
Interview mit dem Norwegischen Fernsehen vom 8. Dezember 1971	91
Die Geschichte des Friedensnobelpreises	99
Verzeichnis der Friedensnobelpreisträger	106

Begründung des Nobelkomitees für die Verleihung des Friedensnobelpreises

Die Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, Lagtingspräsidentin Aase Lionäs, begründete am 20. Oktober 1971 die Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 an Bundeskanzler Willy Brandt mit folgenden Worten:

In der ganzen Nachkriegszeit stellte das politisch ungelöste Deutschlandproblem eine latente Gefahr für den Frieden dar. Viele gute Kräfte haben sich in diesen Jahren eingesetzt in dem Versuch, Entspannung in dieses gefährliche, internationale Spannungsfeld zu bringen.

Das Nobelkomitee des Norwegischen Storting hat heute den Friedensnobelpreis für 1971 Bundeskanzler Willy Brandt zuerkannt. Das Nobelkomitee hat durch diese Wahl die Zweckbestimmung in Alfred Nobels Testament zu verwirklichen gesucht. Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.

Die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung sind eine politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa. Das Nobelkomitee mißt der Tatsache Bedeutung bei, daß Willy Brandt sowohl als Außenminister der Bundesrepublik seit 1966 als

auch als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiative für eine solche Entspannung ergriffen hat.

Das Komitee hebt die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Unterzeichnung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion über den Gewaltverzicht hervor. Das Komitee verweist weiter auf seine Bemühungen, der Bevölkerung von West-Berlin grundlegende Menschenrechte wie persönliche Sicherheit und volle Bewegungsfreiheit zu sichern.

Willy Brandt sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit in Westeuropa als einen integrierenden Teil eines Friedensplans für ganz Europa an. Auch bezüglich der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa hat der Bundeskanzler wichtige Initiativen ergriffen.

Das Nobelkomitee sieht in diesem Gesamteinsatz einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt.

(Inoffizielle Übersetzung aus dem Norwegischen)

Ehrung im Bundestag

Am 20. Oktober 1971 unterbrach der Präsident des Deutschen Bundestages, Kai-Uwe von Hassel, die Beratungen über den Bundeshaushalt in der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages und gab folgende Erklärung ab:

Meine Damen und Herren!

Ich unterbreche unsere Beratungen für einen Augenblick. Ich erhalte soeben die Nachricht, daß die Nobelpreiskommission des norwegischen Parlaments heute dem Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Friedensnobelpreis verliehen hat.

Herr Bundeskanzler, diese Auszeichnung ehrt Ihr auf richtiges Bemühen um den Frieden in der Welt und um die Verständigung zwischen den Völkern.

Der ganze Deutsche Bundestag gratuliert ohne Unterschied der politischen Standorte Ihnen zu dieser hohen Ehrung.

Bundeskanzler Willy Brandt dankte mit den nachstehenden Worten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihre Gratulation. Mein Dank gilt gleichermaßen den drei Fraktionen dieses Hohen Hauses für ihre Glückwünsche. Die Nachricht von der Verleihung des Friedensnobelpreises habe ich mit innerer Bewegung und mit großer Dankbarkeit aufgenommen. Dies ist eine hohe und sehr

verpflichtende Auszeichnung. Ich werde alles tun, mich dieser Ehrung in meiner weiteren Arbeit würdig zu erweisen.

Ich werde den Friedensnobelpreis am 10. Dezember 1971 in Verbundenheit mit allen, an welcher Stelle auch immer, annehmen, die sich mit der ihnen gegebenen Kraft bemühen, die Welt von Kriegen zu befreien und ein Europa des Friedens zu organisieren.

Pressekonferenz des Bundeskanzlers in Oslo

Bundeskanzler Willy Brandt weilte vom 9. bis 11. Dezember 1971 zur Entgegennahme des Friedensnobelpreises in Oslo und zur Teilnahme an einer Versammlung der Stockholmer Hauptkirche am 11. und 12. Dezember 1971 in Stockholm.

Am 9. Dezember 1971 gab der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz in Oslo folgende Erklärung ab:

Sie können sicher verstehen, daß ich diesmal ganz besonders gerne nach Norwegen gekommen bin. Ich möchte gerade heute nicht verschweigen, daß ich Norwegen als meine zweite Heimat betrachte und daß ich diesem Land und seinen Menschen sehr viel zu verdanken habe – nicht zuletzt meine Frau. Ich bin hier in schweren und jungen Jahren aufgenommen worden, ich habe viele Freunde gefunden und werde diesem Volk immer verbunden bleiben.

Daß mir nun gerade in dieser Stadt die hohe Ehrung zuteil wird, erfüllt mich deshalb mit besonderer Freude. Es ist in einem solchen Augenblick schwer, seine eigenen Empfindungen zu beschreiben. Aber es trifft genau zu, wenn ich in erster Linie von einem Gefühl der Dankbarkeit spreche.

Ich bin dankbar dafür, daß das Komitee mir den Friedenspreis zuerkannt hat. Ich bin dankbar dafür, daß mich mein Lebensweg auf einen Platz geführt hat, wo ich nach bestem Vermögen das wenige für den Frieden in Europa habe tun können, welches ein einzelner

heute zu tun vermag. Ich bin dankbar dafür, daß die Verleihung des Friedensnobelpreises an mich so viel Zustimmung gefunden hat, in Deutschland und in vielen anderen Ländern.

Der Betroffene weiß am besten, wie wenig er diese Ehrung im Grunde verdient hat, und deshalb kann ich nur versprechen, daß ich meine Arbeit für den Frieden im Sinne des Friedens fortsetzen werde, solange mir die Kraft und das Mandat dazu gegeben sind. Sehr viel bleibt noch zu tun, bis eine Friedensordnung in Europa erreicht ist, die von der Mehrheit der Menschen aus ganzem Herzen akzeptiert wird. Die Arbeit daran wird noch lange dauern. Aber wir müssen uns Schritt für Schritt voranarbeiten, müssen einen Stein auf den anderen setzen und dürfen nicht irre werden, wenn es Rückschläge gibt.

West und Ost sind gegenwärtig intensiv darum bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die Organisation des Friedens und der Zusammenarbeit in Gang zu setzen. Dies geschieht auf vielen Ebenen — zweiseitig und mehrseitig, in Einzelgesprächen und auf Konferenzen. Die Bundesregierung ist, entsprechend ihrem Programm, stark an diesen Bemühungen beteiligt. Sie kann sich dabei auf eine breite Zustimmung ihrer Bevölkerung stützen. Mögen wir auch in wichtigen Einzelfragen in Bonn verschiedener Meinung sein, darin, daß es um den Frieden geht, daß eine Verständigung zwischen Ost und West notwendig ist und daß wir nur so unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bewahren können, darin sind wir uns einig.

Im Anschluß hieran beantwortete der Bundeskanzler u. a. folgende Fragen der Journalisten zur Verleihung des Friedensnobelpreises:

Frage:

Wären Sie glücklicher gewesen, wenn Ihnen der Preis 1972 oder 1973 verliehen worden wäre, wenn Sie der

Durchsetzung Ihrer Ziele näher wären oder glauben Sie, daß Ihre Arbeit aus der Preisverleihung Nutzen ziehen wird?

Antwort:

Ich hatte ja keine Wahl, man hat mich nicht vorher gefragt. Ich kann nur meiner Dankbarkeit Ausdruck geben, wie ich das bereits getan habe. Hier wird aber eine wichtige Frage angesprochen, nämlich die Frage, die sich dem Nobelkomitee stellt. Sollte es aktive Politiker mit einbeziehen oder sollten nur die in Betracht gezogen werden, die sich mit der theoretischen Seite der Arbeit für den Frieden befassen? Sollten nur sehr alte Herren in Betracht gezogen werden, die schon sehr viel älter sind, als ich es jetzt bin? Für ein Komitee ist das ein Problem mit dem es sich auseinandersetzen muß und das sich ähnlich bereits stellte, als dem deutschen Außenminister Gustav Stresemann und seinem Kollegen Aristide Briand der Friedenspreis verliehen wurde. Beide hatten ja ihre politische Zielsetzung noch nicht erfüllt. Was mich angeht, so hätten sie wohl bei der Erwägung meiner möglichen Kandidatur und unter dem Gesichtspunkt, daß man hätte abwarten wollen, bis ich meine Aufgabe erfüllt hätte, sehr viel länger warten müssen als bis 1972 oder 1973. Das ist aber nicht mein Problem, wie ich bereits sagte, sondern das des Komitees.

Der andere Teil der Frage bezieht sich darauf, ob die Preisverleihung einen günstigen Einfluß auf meine Arbeit hatte. Ich möchte sagen, daß es für mich eine Ermutigung war, doch sehe ich nicht, wie es die eigentliche Außenpolitik beeinflussen könnte, und ich selbst möchte die Preisverleihung nicht gerne in Zusammenhang mit der aktuellen politischen Arbeit bringen, die ja weitergeht.

Frage:

Herr Bundeskanzler, im Augenblick der Entgegennahme des Friedenspreises herrscht in Teilen der Welt Krieg. Wie sehen Sie das?

Antwort:

Unglücklicherweise war in all diesen Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Krieg in der Welt als der Nobelpreis verliehen wurde. Das ist eine Tragödie. Niemals gab es seit 1945 eine Zeit ohne kriegsartige Auseinandersetzungen, manchmal waren sie noch begrenzter als gerade heute. Augenblicklich kommt zu den beiden regionalen Auseinandersetzungen eine dritte, die sich näher an Europa abspielt als die beiden anderen und die droht, sich in einen neuen Konflikt auszuweiten. Das ist der tragische Hintergrund vor dem sich die Diskussion des Friedens in Europa abspielt. Gleichzeitig ist man natürlich noch viel mehr gezwungen, den Frieden in Europa nicht als eine isolierte Angelegenheit zu diskutieren, sondern ihn auch unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren, wie in den kommenden Jahren die Entwicklungen außerhalb Europas beeinflußt werden können, wie ich bereits in anderem Zusammenhang gesagt habe.

Frage:

Herr Bundeskanzler, wir waren hier in Oslo in der Redaktion der Zeitung Arbeiderbladet und haben dort von vielen Ihrer Freunde vieles über Sie gehört. Sie haben damals hier in Oslo für Carl von Ossietzky geworben, dafür, daß er den Friedenspreis erhalte. Sie haben das damals in einem bestimmten Geist getan. Heute sind Sie Regierungschef, morgen werden Sie den Nobelpreis erhalten. Sind Sie damals, als Sie für Ossietzky geworben haben, nie auf die Idee gekommen, daß Sie auch einmal den Friedenspreis erhalten könnten? Ist heute der Geist derselbe geblieben oder

hat sich die Problematik durch die Realpolitik geändert?

Antwort:

Die Frage bezieht sich auf den Nobelpreis, den Carl von Ossietzky 1936 oder eher 1935 erhielt, denn 1935 wurde der Preis ausgespart. Es wurde zu Recht gesagt, daß ich als ziemlich junger Mann, so rund 22 Jahre alt, daran mitgewirkt habe, zu versuchen, die Leute zu überzeugen, daß es eine gute Sache wäre, Ossietzky den Preis zu geben, der damals im Konzentrationslager war. Dann wurden auch Briefe von mir aufgefunden, die vor kurzem zu Hause veröffentlicht wurden und in denen ich etwas über meine Aktivitäten im Jahre 1935 berichtete. Ich war aber nicht in Oslo als der Preis Ossietzky dann zugesprochen wurde. Im Oktober, als die Entscheidung fiel, und im Dezember, als die Verleihung hätte stattfinden sollen, war ich in Berlin und beteiligte mich unter norwegischem Deckmantel an der Untergrundarbeit.

Gerade dieser Umstand erfüllte mich mit großer Befriedigung, denn ich war in derselben Stadt wie Ossietzky, doch er durfte nicht nach Oslo, um den Preis entgegenzunehmen.

Die Frage bezog sich aber nicht darauf sondern darauf, ob ich damals jemals angenommen hätte, ich könnte auch durch den Preis geehrt werden. Die Antwort ist nein.

Dann wurde gefragt, ob der Geist der hinter meiner Arbeit steht, derselbe sei wie der, der meine Arbeit inspirierte, als ich für den Friedenspreis für Carl von Ossietzky eintrat, oder ob dieser Geist dadurch verwässert wurde, daß ich Regierungsverantwortung trage, um es mit meinen Worten auszudrücken. Ich werde versuchen, in meinem Vortrag am Sonnabend darauf eine Antwort zu geben und möchte deshalb

jetzt nichts dazu sagen. Zu diesem Vortrag hat ja jeder Zutritt und, ich hoffe, viele von Ihnen dort zu sehen. Am Sonnabend werde ich also lieber die Antwort darauf geben, welcher Geist mich in den dreißiger Jahren bewegt hat und welcher Geist mich heute bewegt.

Frage:

Seitdem Sie zum erstenmal in dieses Land kamen bis heute hat sich ein radikaler Wandel vollzogen. Haben Sie sich selbst so sehr verändert wie Ihre persönliche Position?

Antwort:

Nun, das hat etwas mit dem Geist zu tun, der mein Handeln bestimmte und bestimmt, und ich sagte schon, daß ich das lieber am Sonnabend behandeln werde. Es würde mich aber sehr verwundern, wenn es irgend jemand in der Welt gäbe, der mit 57 Jahren noch genau derselbe sein würde wie 40 Jahre früher. Das wäre verwunderlich. Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht verändert. Ich hoffe aber, in all den Jahren etwas gelernt zu haben und hoffe, daß nicht nur Resignation sondern ein gewisses Maß an Erfahrung und vielleicht auch ein bißchen Weisheit zu meinen Grundüberzeugungen hinzugekommen sind.

Frage:

Herr Bundeskanzler, sind Sie heute als Bundeskanzler glücklicher als Sie es als Journalist in Norwegen waren?

Antwort:

Das hängt davon ab, es ändert sich von Tag zu Tag. Manchmal bin ich sehr traurig, daß ich nicht die Freiheit habe, die ich als Journalist hatte, als ich schrei-

ben oder sagen konnte, was ich über bestimmte Fragen dachte und zwar nicht nur zu Tagesfragen, sondern auch über Dinge, die weit in der Zukunft lagen. Es gibt aber auch andere Tage, an denen ich es vorziehe, nicht nur das zu verwenden was ich an Wissen besitze, sondern auch die Dinge etwas in einem Sinne beeinflussen kann, wie mir dies als Journalist nicht möglich gewesen wäre. Ich weiß nicht, auf welche Seite sich die Waagschale neigt. Wie ich sagte, ändert sich das von Tag zu Tag.

Laudatio der Vorsitzenden des Nobelkomitees

Bei der feierlichen Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in der Universität Oslo hielt die Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, Lagtingspräsidentin Aase Lionäs, folgende Laudatio auf den Bundeskanzler:

Ein neuer Krieg wirft seine Schatten über den diesjährigen Nobeltag.

Die Äcker, die der Friedenspreisträger des vergangenen Jahres, Norman Borlaug, durch seine Weizenforschung mit einer reicheren Ernte gesegnet hat, sind heute zu Bombenkratern des Todes geworden.

Zwei Entwicklungsländer, die mehr als die meisten Staaten den Frieden brauchen, um sich aus der Armut zu befreien, Indien und Pakistan, sind heute im Krieg.

Man ist entsetzt darüber, wie die Politiker der Welt ihre Augen geschlossen und ihre Herzen verhärtet haben vor den neuen Leiden, die heute in diesen Ländern über unschuldige Opfer des Krieges gekommen sind.

Auf diesem dunklen Hintergrund geht doppelter Dank an diejenigen, die ihre Kräfte in den Dienst des Friedens gestellt haben.

Unsere Gedanken gelten heute in erster Linie einem Mann, der nicht mehr ist: Dr. Ralph Bunche.

Es war im Jahre 1950 als Ralph Bunche den Friedenspreis für seine Mitarbeit am Waffenstillstand zwischen

Israel und den Araberstaaten erhielt. Bunche ist während eines langen Lebens ein edler und treuer Vorkämpfer für das Friedensideal – Frieden zwischen den Rassen, Frieden zwischen den Völkern – gewesen.

25 Jahre lang war er einer der selbstlosesten Diener der Vereinten Nationen.

Das Komitee des Norwegischen Storting wird sein Andenken in tiefer Dankbarkeit in Ehren halten.

Vor 70 Jahren wurde der Friedenspreis Alfred Nobels zum ersten Mal verliehen. Der Preis wurde 1901 zwischen dem Schweizer Henri Dunant und dem Franzosen Frédéric Passy geteilt. Henri Dunants warmerherziger Einsatz für die im Kriege Verwundeten und Gefangenen führte zur Gründung des Roten Kreuzes im Jahre 1864 und zum Abschluß der Genfer Konvention. Frédéric Passys Pionierarbeit für freiwillige Schlichtung bei internationalen Konflikten hatte u. a. die Gründung der Interparlamentarischen Union zur Folge.

In einer Stunde wie dieser ist es natürlich, einen Augenblick des Mannes zu gedenken, der mit seinem außergewöhnlichen Testament die finanzielle Grundlage für die ehrenvollste aller internationalen Auszeichnungen geschaffen hat.

Oft ist Verwunderung darüber zum Ausdruck gekommen, daß Alfred Nobel, dessen Hauptforschungsgebiet die Chemie war, ein Fünftel seines großen Vermögens für die Stiftung eines Friedenspreises zur Verfügung gestellt hat.

Es sind viele Versuche gemacht worden, dafür eine Erklärung zu finden. Möglicherweise hat seine Bewunderung für das Friedensideal des englischen Dichters Shelley eine Rolle gespielt, mit großer Wahr-

scheinlichkeit jedoch wohl seine enge Freundschaft mit Bertha von Suttner, der Vorkämpferin für den Frieden.

In einem Brief an sie verleiht Nobel einer für die damalige Zeit recht bemerkenswerten und prophetischen Idee über die Möglichkeiten, den Weltfrieden zu organisieren, Ausdruck. Er schreibt: „Die einzige richtige Lösung wäre ein Vertrag, der alle Regierungen dazu verpflichtet, gemeinsam jedes Land, das angegriffen wird, zu verteidigen. Dadurch würde allmählich eine teilweise Abrüstung erreicht werden.“

In unserem Jahrhundert wurde diese Vision Nobels bei der Gründung der UNO 1945 eine der Grundideen in der Charta der Organisation.

Im Laufe dieser 70 Jahre sind viele Versuche unternommen worden, den Friedenstraum Alfred Nobels zu verwirklichen.

Das Nobelkomitee des norwegischen Storting hat in diesem Jahr beschlossen, den Friedenspreis einem Mann zu verleihen, der im Laufe eines aktiven politischen Lebens das Friedensideal zu seinem Leitstern gemacht hat – Bundeskanzler Willy Brandt.

Willy Brandt ist der vierte deutsche Staatsbürger, der mit dem Friedenspreis ausgezeichnet wird. Seine Vorgänger waren Außenminister Gustav Stresemann, der Geschichtsforscher Ludwig Quidde und der Journalist Carl von Ossietzky.

Willy Brandt wurde 1913 in Lübeck geboren. Seine ersten Jugendjahre fallen in eine der tragischsten Perioden der neueren deutschen Geschichte, den Vormarsch des Nationalsozialismus und die Kränkung der Menschenwürde durch die Diktatur Hitlers, zuerst in Deutschland, später auch in vielen anderen europäischen Ländern.

Die Lebenseinstellung Willy Brandts wurde durch den Widerstand gegen die Gewaltherrschaft des National-

sozialismus geformt. Schon 1933 kam er in einem Alter von 19 Jahren als politischer Flüchtling nach Norwegen. Er verbrachte sieben bedeutungsvolle Jugendjahre als fleißiger Journalist in unserem Land.

Brandt teilte seine Zeit zwischen Arbeit, Studien und einem intensiven Einsatz für die Opfer des Nationalsozialismus, für Flüchtlinge im Ausland und Gefangene in den Konzentrationslagern im nationalsozialistischen Deutschland.

Am 23. November 1936 beschloß das Nobelkomitee des norwegischen Storting, dem deutschen Pazifisten Carl von Ossietzky den Friedenspreis zu verleihen. Ossietzky war Herausgeber der Zeitschrift die „Weltbühne“, in der er seinen kompromißlosen Abstand von der deutschen Aufrüstung zum Ausdruck brachte. In der Nacht des Reichstagsbrandes wurde er verhaftet. Fünf lange Jahre des Leidens und der Erniedrigung verbrachte er als mißhandelter Gefangener Hitlers im Konzentrationslager Papenburg-Esterwegen.

1946 schrieb Albert Einstein über die Verleihung des Friedenspreises an Ossietzky: „Das Nobelkomitee hat sich durch die Verleihung dieser hohen Auszeichnung an diesen einfachen Märtyrer ewigen Verdienst erworben.“

Die Kandidatur Ossietzkys für den Friedenspreis wurde in der ganzen Welt diskutiert. Heinrich Mann schrieb über diesen Streit „Ossi, der nicht mehr schreiben und lesen konnte, ist in seinen Ketten dem hohen Glücksfall begegnet, daß einen Augenblick das Weltgewissen aufstand, und der Name, den es sprach, war seiner“.

Wenn wir der Ehrung Ossietzkys durch die Verleihung des Friedensnobelpreises 1936 gedenken, dürfen wir die wesentliche Arbeit, die der junge deutsche Flüchtling Willy Brandt zur Unterstützung der Kandidatur Ossietzkys geleistet hat, nicht vergessen.

Und Ossietzky enttäuschte nicht. Vom Tode gezeichnet und gefangen widerstand er dem Druck Görings, auf den Preis zu verzichten.

Als 1940 der Krieg in Norwegen ausbrach, wurde Willy Brandt wie so viele andere dazu gezwungen, das Land zu verlassen. Das nationalsozialistische Deutschland hatte ihm 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Als Flüchtling in Schweden erhielt er von der norwegischen Regierung die norwegische Staatsbürgerschaft. Willy Brandt führte hier seine Arbeit für ein demokratisches Deutschland und ein freies Norwegen weiter. Es gibt wohl kaum einen anderen norwegischen Journalisten, der so viele Artikel und so viele Bücher über den Freiheitskampf Norwegens geschrieben hat wie Willy Brandt.

Ich möchte davon folgende erwähnen

„Der Krieg in Norwegen“

„Norwegen kämpft weiter“

„Die Universität Oslo im Kampf“

„Norwegens Weg zur Freiheit“,

und außerdem schrieb er noch viele, viele andere Artikel und Vorträge, die u. a. dazu dienen sollten, im ersten Kriegsjahr in Schweden das notwendige Verständnis für den Freiheitskampf des besetzten Norwegens zu schaffen.

Für seinen Einsatz in jenen harten Jahren ist unser Land Willy Brandt zu großem Dank verpflichtet.

Als in jenem herrlichen Frühling 1945 der Frieden kam, wurde Willy Brandt von norwegischer und internationaler Seite eine Reihe bedeutender Stellungen angeboten. Nach einem Jahr als norwegischer Presseattaché in Berlin beschloß er, seinem Geburtsland, das in der letzten Stunde der totalen Niederlage in Ruinen lag, zu dienen.

Er wollte gemeinsam mit anderen freiheitsliebenden Kräften dazu beitragen, aus diesem Deutschland, das sich an einem materiellen und moralischen Nullpunkt befand, ein demokratisches Deutschland aufzubauen.

Von seiner Tätigkeit in Deutschland in diesen ersten Jahren erinnern wir vor allem an seinen furchtlosen und klugen Einsatz für die Freiheit Berlins. Das große Interesse, mit dem wir außerhalb Deutschlands den Kampf für Frieden und Freiheit in Berlin verfolgten, kann wohl als Ausdruck unserer inneren Überzeugung betrachtet werden, daß eine Niederlage für das freie Berlin den Keim einer Niederlage für den Frieden Europas tragen würde. Willy Brandt läßt diese Gedanken in seinem Buch „Mein Weg nach Berlin“ zum Ausdruck kommen: „Wenn wir in Berlin kapituliert hätten, stände es schlechter um die Sache des Weltfriedens. Es gilt, den Frieden zu bewahren. Es gilt nicht minder, die Freiheit zu sichern und dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen.“

Als Regierender Bürgermeister von Berlin in kritischen Situationen, in einer Stadt, die politischem Druck und Unruhen ausgesetzt war, in deren Mitte 1961 die Mauer errichtet wurde, zeigte Willy Brandt Beherrschung und Mut, ich möchte annehmen, oft den Mut der Verzweiflung, die Berlin vor dem Risiko einer Katastrophe großer Dimensionen bewahrten.

Von Berlin führte der Weg Willy Brandts nach Bonn und in den Bundestag. Er wurde Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. 1961, 1965 und 1969 war er der Kanzlerkandidat der Partei.

Die politische Situation in Deutschland führte 1966 zur Bildung einer Koalitionsregierung zwischen den beiden größten Parteien, den Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten. In dieser Regierung wurde Willy Brandt Außenminister und Vizekanzler.

Dieser neue und erweiterte politische Ausgangspunkt ermöglichte es ihm jetzt, im Namen der Regierung in bezug auf die deutsche Außenpolitik Initiativen zu ergreifen, die auf die gegenwärtige Hoffnung auf internationale Entspannung hinwiesen.

Diese Möglichkeit einer Erneuerung und klareren Formulierung der Zielsetzung der deutschen Außenpolitik wurde natürlich noch größer, als Brandt 1969 Bundeskanzler wurde.

Ein neues Kapitel im Leben Willy Brandts und in der Geschichte Deutschlands wurde eingeleitet.

Die Wahlen 1969 führten zu einer neuen Regierungskoalition in Deutschland, diesmal zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten. Die neue Regierung mit Willy Brandt als Bundeskanzler und Walter Scheel als Außenminister betonte in der Regierungserklärung, daß ihre Politik im Zeichen der Kontinuität und der Erneuerung stehen werde.

Auf außenpolitischem Gebiet führte diese Linie zur Intensivierung der bisher geführten Politik und zu neuen Signalen.

Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, wurde Konrad Adenauer ihr erster Kanzler. In seiner ersten Regierungserklärung sagte Adenauer, Westdeutschland sei ein Teil der westeuropäischen Welt. Mit dieser Beurteilung der internationalen Situation als Ausgangspunkt bemühte die Bundesrepublik sich um eine organisierte wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit in Westeuropa.

Mehrere westeuropäische Länder hatten ebenfalls den Willen zum Ausdruck kommen lassen, die Feindschaft der Vergangenheit zu begraben, neue Wege über den gefährlichen Rahmen des engen Nationalismus hinaus zu finden und eine friedliche Koexistenz auch mit Deutschland aufzubauen.

Diese friedenspolitische Zielsetzung löste Deutschland aus der Isolation und deren Gefahren und führte zum Abschluß des EWG-Vertrages und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1958.

Als Regierungschef hat Willy Brandt das Prinzip, die westeuropäische Zusammenarbeit auszubauen, nicht aufgegeben. Im Gegenteil, er hat diesem Prinzip eine neue Dimension gegeben, indem er hervorgehoben hat, daß ein starkes und gemeinsam arbeitendes Westeuropa eine notwendige Voraussetzung dafür ist, um in bezug auf das Verhältnis zwischen Ost- und Westeuropa von Konfrontation zur Kooperation zu gelangen.

In der Europäischen Gemeinschaft machte sich seit Anfang der 60er Jahre in bezug auf die Bemühungen um eine Erweiterung der Gemeinschaft eine jahrelange Stagnation geltend.

Auf dem Haager Gipfeltreffen der EWG-Mitgliedstaaten 1969 gab Brandt eine Erklärung über den Ausbau und die Erweiterung der Gemeinschaft ab, der große Bedeutung beizumessen ist. Diese deutsche Initiative bildete den Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Erweiterung der EWG. Über den Einsatz Deutschlands auf dem Haager Gipfeltreffen erklärte der Bundeskanzler am 6. November 1970 vor dem Bundestag: „Die Bundesrepublik ist bei den Bemühungen um Erweiterung der westeuropäischen Zusammenarbeit und Einigung eine treibende Kraft gewesen. Sie ist es und dabei soll es bleiben.“

Über das Nordatlantische Bündnis äußerte Brandt sich in der Debatte über die Regierungserklärung im Bundestag am 28. Oktober 1969: „Das Nordatlantische Bündnis, das sich in den zwanzig Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die

Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.“

Stärke und Einigung aufgrund der westeuropäischen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit und die Unterstützung der 15 Mitgliedsstaaten des Nordatlantischen Bündnisses bilden den Ausgangspunkt für die Bemühungen der Regierung Willy Brandts um eine aktivere Entspannungspolitik der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten gegenüber.

In seiner Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt erklärte das Nobelkomitee: „Das Nobelkomitee mißt der Tatsache Bedeutung bei, daß Willy Brandt sowohl als Außenminister der Bundesrepublik seit 1966 als auch als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiativen für eine solche Entspannung ergriffen hat.“

Um welche Initiative handelt es sich?

In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 wird diese Initiative unter vier Punkten präzisiert. Punkt 1 behandelt den Einsatz zur Vertiefung und Erweiterung der EWG und zur Verstärkung der politischen Zusammenarbeit. Unter Punkt 2 wird ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion angedeutet. Unter Punkt 3 kommt der Wille zum Ausdruck, Gespräche mit Polen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern einzuleiten. Punkt 4 enthält eine Erklärung darüber, daß die Regierung dazu bereit sei, einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Schon im ersten Regierungsjahr wurde das Versprechen, den Vertrag über Nichtverbreitung von Atomwaffen zu unterzeichnen, eingelöst.

Mit diesem ersten Schritt hatte die Regierung Brandt den Weg für einen sinnvollen Dialog zwischen Osten und Westen gebahnt.

Brandt hat durch seine schnelle Handlungsweise bei dieser Frage dazu beigetragen, größere Klarheit und größeres Vertrauen in bezug auf die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Entspannung zu schaffen. Eine Entspannungspolitik, die die Völker in Europa zusammenführen kann, setzt voraus, daß beide Partner die Schützengräben des Kalten Krieges verlassen. In einem Buch, das schon 1944 in Stockholm unter dem Titel „Nach dem Sieg“ erschien, schrieb Brandt: „Der Tag wird kommen, an dem der Haß vergessen ist, der Haß, der im Krieg unumgänglich ist. Einmal muß ein Europa Wirklichkeit werden, in dem wir als Europäer leben können.“

Die Ostpolitik Brandts ist ein Versuch, den Haß zu begraben und im Geiste des guten Willens Versöhnung über die Massengräber des Krieges hinaus zu finden. Wie gern er persönlich dazu bereit ist, im Namen seines Landes dieser Versöhnungsaufgabe zu dienen, bezeugt sein Kniefall vor der jüdischen Gedenkstätte im früheren Getto von Warschau.

Das erste konkrete Ergebnis der Bemühungen Brandts um Entspannung der Sowjetunion gegenüber war die Unterzeichnung eines Gewaltverzichtsvertrages in Moskau am 12. August 1970.

In diesem Vertrag heißt es, daß alle Streitfragen auf friedlichem Weg zu lösen seien, und weiterhin, daß der Frieden nur dann gesichert werden könne, wenn beide Partner sich dazu verpflichteten, die Grenzen anderer Staaten nicht zu verletzen. Beide Staaten erklären, anderen Staaten gegenüber keine territorialen Ansprüche zu haben. Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller anderen Staaten in ihren heutigen Grenzen zu achten. Außerdem wird von beiden Partnern der Wunsch betont, die wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zu erweitern.

In einem Brief von Außenminister Walter Scheel an Außenminister Gromyko wird präzisiert, daß der Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik stehe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages richtete Willy Brandt von Moskau aus eine Fernsehansprache an das deutsche Volk. Er verwies auf seine Regierungserklärung, in der es heißt: „Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne des Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens.“ Er fügte hinzu: „Dies war und dies ist unsere Richtlinie, und diesem Friedenswerk dient der Vertrag.“

Kurz nach dem Vertrag mit der Sowjetunion wurde am 7. Dezember 1970 in Warschau ein Normalisierungsvertrag mit Polen unterzeichnet.

Der wesentlichste Punkt dieses Vertrages behandelt die Anerkennung der faktischen Verhältnisse in bezug auf die Westgrenze Polens, d. h. die Oder-Neiße-Linie, durch die Bundesrepublik. Weiterhin wird erklärt, daß beide Länder gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben.

Einem deutschen Wunsch, der nicht im Vertrag behandelt wird, wird entsprochen, gebürtigen Deutschen, die in Polen leben, soll die Möglichkeit geboten werden, das Land auf eigenen Wunsch zu verlassen.

In einer Ansprache, die Willy Brandt von Warschau aus an das deutsche Volk richtete, sagte er u. a.: „Ich bin mir bewußt: dies ist eine schwere Reise. Für eine

friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein. Der Vertrag von Warschau soll einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, daß getrennte Familien wieder zusammenfinden können, und daß Grenzen weniger trennen als bisher.“

Die Bundesregierung machte den Vorbehalt geltend, daß eine Ratifizierung dieser beiden Verträge durch den Bundestag vom Abschluß eines Abkommens zwischen den Vier Mächten, das u. a. die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik gewährleistet, abhängig sei.

Der Abschluß des Viermächte-Abkommens über West-Berlin vom 3. September dieses Jahres scheint diese Voraussetzung zu erfüllen. In diesem Rahmenabkommen erklären die Vier Mächte übereinstimmend, daß keine Drohungen über Gewaltanwendung in der Stadt vorkommen dürfen und daß alle Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen sind.

Der Verkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik ist erleichtert worden, und die Möglichkeiten der West-Berliner, nach Ost-Berlin und in die DDR zu reisen, haben sich vergrößert. Von einem menschlichen Gesichtspunkt aus gesehen ist es natürlich besonders wichtig, daß der Bevölkerung West-Berlins die Möglichkeit geboten werden soll, ihre Familien hinter der „Mauer“ zu besuchen. Das Abkommen markiert das Ende einer Periode, in der West-Berlin der Schauplatz einer Konfrontation zwischen Osten und Westen war, die bisher zu politischen Krisen bis an den Rand des Krieges geführt hat.

In einem Interview in der „Zeit“ im November dieses Jahres sagte Brandt über dieses Abkommen: „Natur-

lich kann das Berlinabkommen nicht alle langfristigen Probleme dieser Stadt lösen. Das wird erst möglich sein, wenn wir einer europäischen Friedensordnung wesentlich näher sind. Die Mauer bleibt, nur: sie wird sich mehr öffnen.“

Diese vier Problemkomplexe, deren Umriss ich aufzuzeichnen versucht habe, bilden den Kern der Einigungs- und Entspannungspolitik Willy Brandts. Sie kann möglicherweise weiteren Maßnahmen zum Abbau der Spannung in Europa den Weg bahnen. Willy Brandt selbst sagte in einem Interview, daß Hoffnung auf einen gegenseitigen Abbau der militärischen Streitkräfte und der Rüstung in Europa, vor allem in Zentraleuropa, bestehe.

Wir hoffen, daß solche Maßnahmen in Europa auf längere Sicht als Vorläufer einer globalen Friedensregelung angesehen werden können.

Anläßlich des Nobeltages im vorigen Jahre schrieb der sowjetische Verfasser und Träger des Nobelpreises für Literatur 1970, Alexander Solschenizyn, in einem Brief an die schwedische Akademie u. a.: „Ich kann jedoch nicht davon absehen, auf die bemerkenswerte Tatsache hinzuweisen, daß der Tag der Überreichung der Nobelpreise und der Tag der Menschenrechte zusammenfallen. Die Nobelpreisträger können es nicht umgehen, angesichts des Zusammenfalls dieser beiden Tage Verantwortung zu fühlen.“

Der Friedensplan Willy Brandts für Europa zeugt davon, daß eine solche Verantwortung vorhanden ist.

Sein Friedenswerk umfaßt die Möglichkeit dafür, den Menschen in allen Ländern ein menschenwürdiges Leben in Freiheit ohne Furcht zu gewähren. Die Menschen möchten in einem Europa ohne sperrende Mauern und ohne von Raketen bewachte Grenzen

leben, in einem Europa, in dem — wie Henrik Wergeland es ausdrückt — die sich neigenden Zweige einer Rosenhecke die Grenzen bilden.

Der Ausgangspunkt für die Friedensarbeit Willy Brandts kann nicht als besonders günstig bezeichnet werden. Wir haben einen der barbarischsten Kriege der Geschichte erlebt. In Südostasien wird ein verheerender Krieg geführt. Im Nahen Osten stehen die Menschen einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. In Indien und Pakistan bereitet man sich darauf vor, durch Krieg Länder der Armut auszusetzen, in denen Tausende von Kindern vor Hunger sterben und Millionen Arme sich gegen Himmel strecken und um eine Mahlzeit beten. Reichtum gibt es in diesen Ländern offensichtlich nur in Form von Waffen. In diesem Zusammenhang gewinnen die Worte Franklin Roosevelts Bedeutung: „Wesentlicher als das Ende aller Kriege ist das Ende des Ursprungs aller Kriege.“

Die Tatsache, daß der diesjährige Preisträger ein aktiver Politiker internationalen Formats ist, erfüllt mich mit Hoffnung. Er hat dadurch größere Möglichkeiten und trägt mehr Verantwortung als andere für einen Einsatz, der die ersehnten Früchte des Friedens tragen kann. Wir können feststellen, daß seine Friedenspolitik zu Tauwetter im kalten politischen Klima geführt hat — einem Tauwetter, das uns Hoffnung auf einen neuen Friedensfrühling nach langem Frost in Europa gibt.

Es ist keine leichte, durch einzelne Handlungen zu bewältigende Aufgabe. Es gibt genug Skeptiker und Pessimisten, die uns daran erinnern. Der Kampf für den Frieden ist ein langfristiger, kontinuierlicher Prozeß — Tag für Tag muß der Frieden wieder erobert werden.

Ohne Hoffnung und ohne Glauben können die Menschen jedoch nicht leben. Deshalb möchten wir hoffen

und glauben, daß die Hand der Versöhnung, die Willy Brandt über alte feindliche Grenzen hinaus ausgestreckt hat, mit dem gleichen Geist des guten Willens entgegengenommen werden wird.

Wenn diese Hoffnung auf Frieden in Erfüllung gehen wird, wird Willy Brandt in unserer Geschichte als Deutschlands großer Friedens- und Versöhnungskanzler weiterleben.

Dank des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Willy Brandt sprach nach der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in der Universität Oslo die folgenden Dankworte:

Die hohe Ehre der Preisverleihung kann gewiß nur als eine Ermutigung meines politischen Strebens verstanden werden, nicht als ein abschließendes Urteil. Ich nehme diese Auszeichnung an im Gefühl der Verbundenheit mit allen, an welcher Stelle auch immer, die sich mit der ihnen gegebenen Kraft bemühen, ein Europa des Friedens zu organisieren und europäische Solidarität für den Weltfrieden einzusetzen.

Es wird für mich morgen nicht leicht sein, meine Rede vom machbaren Frieden in Europa zu halten, während in anderen Teilen der Welt Krieg geführt wird und die Gefahr weiterer militärischer Konflikte gegeben ist.

Niemand kann das, wovon heute mir gegenüber die Rede ist, allein vollbringen. So nehme ich den Friedensnobelpreis 1971 mit dem Ausdruck bewegten Dankes zugleich im Namen derer entgegen, die mir helfen und geholfen haben.

Ich verstehe diese Stunde auch so, daß wir uns denen nahefühlen, die ihrer Überzeugung wegen Opfer bringen und doch nicht aufhören, für Frieden und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Sie werden es richtig auffassen, wenn ich sage, wie sehr mich in diesen Tagen und Wochen gefreut hat, daß viele — nicht nur in meinem Land — dies als etwas

begreifen, was sie alle mit angeht. Und wenn ich dies hinzufügen darf: Wieviel es mir bedeutet, daß auf meine Arbeit „im Namen des deutschen Volkes“ abgehoben wurde. Daß es mir also vergönnt war, nach den unauslöschlichen Schrecken der Vergangenheit den Namen meines Landes und den Willen zum Frieden in Übereinstimmung gebracht zu sehen.

In diesen Wochen habe ich viele Briefe bekommen, aus allen Teilen der Welt. Von Staatschefs und von Schulkindern. Von glücklichen und von geplagten Menschen. Von einer Verwandten Anne Franks, aus Gefängnissen. Unter den ersten Briefen war der einer Dame, die es nicht leicht gehabt hat. Sie erinnerte mich an die Geschichte vom Indianerjungen, der den Vater fragt, als sie aus dem Kino kommen: Do we never win?

Ja, es ist nicht verwunderlich, daß viele noch heute so fragen. Ich bilde mir nicht ein, für sie gewonnen zu haben. Ich sage nur: Der junge Mann, der seinerzeit verfolgt, nach Norwegen verschlagen und ausgebürgert wurde, der spricht heute hier nicht nur allgemein für den europäischen Frieden, sondern auch ganz besonders für diejenigen, denen die Vergangenheit hartes Lehrgeld abverlangt hat.

Alfred Nobel, an dessen Todestag wir hier versammelt sind, hat gesagt, es gebe nichts auf der Welt, was man nicht mißverstehen oder mißbrauchen könne. Sein Vermächtnis sollte dem Mißbrauch und auch dem Mißverständnis entzogen sein. Verbrüderung der Völker ist trotzdem eine Formel, die uns grausam darauf hinweist, daß auch Kain und Abel Brüder waren. Dies gilt es bei aller Zuversicht in Erinnerung zu behalten.

Aber Abbau der Spannungen, Zusammenarbeit der Völker, Reduzierung der Truppen und Kontrolle der Rüstungen, Partnerschaft mit den bisher Benachteiligten, gemeinsamer Schutz gegen die Gefahr des ge-

meinsamen Untergangs — das muß möglich sein, daran müssen wir arbeiten.

Wir sind hier in Fridtjof Nansens Land. Seine Hilfe für Kriegsgefangene, Flüchtlinge, Hungernde bleibt ein großartiges Beispiel. Auch im übertragenen Sinne gilt seine Mahnung: „Beeilt Euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen.“

Als er daran ging, sein Testament zu machen, soll Alfred Nobel einmal gesagt haben, einem homme d'action würde er nichts hinterlassen, denn dieser würde dadurch in Versuchung kommen, mit dem Arbeiten aufzuhören. Dagegen möchte er „gern Träumern helfen, die es schwer haben, sich im Leben durchzusetzen“. Nun, mir steht kein Urteil darüber zu, ob das Nobelkomitee die richtige Wahl getroffen hat. Man muß nur wissen: Politisches Träumen kann ich mir kaum noch leisten, und mit der Arbeit möchte ich noch nicht aufhören.

Der Friedensnobelpreis ist die höchste, aber auch die am meisten verpflichtende Ehrung, die einem Mann in politischer Verantwortung zuteil werden kann. Ich bedanke mich aufrichtig und will alles tun, um in meiner weiteren Arbeit dem nahezukommen, was viele von mir erwarten.

Rede des Stortingpräsidenten

Das Nobelkomitee gab am 10. Dezember 1971 in Oslo zu Ehren des Bundeskanzlers ein Essen, bei dem Stortingpräsident Bernt Ingvaldsen folgende Tischrede hielt:

Herr Bundeskanzler, Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Heute mittag haben wir der feierlichen Überreichung des Friedensnobelpreises für 1971 beigewohnt, und heute abend sind wir versammelt, um unseren Ehren-gast, den Träger des Friedenspreises, Willy Brandt, zu ehren.

Deutschlands Bundeskanzler ist ein über alle Maßen von allen Seiten in Anspruch genommener Mann. Es ist daher eine besondere Freude für das Nobelkomitee des Norwegischen Storting, daß er hierher zur persönlichen Entgegennahme des Friedenspreises hat kommen können.

Der Friedensnobelpreis ist in diesem Jahre einem aktiven Politiker, der mitten in seiner Arbeit steht, verliehen worden. Sieht man sich die Reihe der Träger des Friedenspreises an, so bilden aktive Politiker fast die Ausnahme. Hierfür gibt es viele und klare Gründe. In demokratischen Gemeinschaften wird es immer verschiedene Auffassungen über die Tagespolitik geben, und zwar nicht so sehr über die Ziele, als vielmehr über die Mittel und Verfahrensweisen. Daher werden sehr strenge Anforderungen an einen aktiven Politiker, dem der Friedensnobelpreis verliehen werden soll, gestellt. Das Nobelkomitee war der Auffassung, daß Willy Brandt diese Anforderungen vollauf erfüllt.

Durch seinen Einsatz hat er die freiwillige Zusammenarbeit im Westen gestärkt und weiter ausgebaut und im Einvernehmen mit seinen Verbündeten beiderseits des Atlantik eine Verbindung zwischen West und Ost hergestellt, die Möglichkeiten für eine Entspannung und friedliche Entwicklung geben kann.

Die Lage in Europa und in der Welt ist leider bei weitem nicht einfach. 26 Jahre sind nun seit Beendigung des Krieges vergangen. Während kein westlicher Staat mit territorialem Gewinn aus dem Krieg hervorging, hat die Sowjetunion die von ihr besetzten Gebiete nicht mehr freigeben wollen. Es wurden dort kommunistische Regierungen unter sowjetischer Kontrolle etabliert. Hierbei wurde nicht nur Deutschland, sondern Europa in zwei Blöcke geteilt, eine Teilung, die zu unzähligen menschlichen Tragödien geführt hat und eine Quelle ständiger politischer Reibereien mit Zusammenstößen am Rande bewaffneter Konflikte gewesen ist. Es ist eine Tatsache, daß das Machtgleichgewicht zwischen beiden Blöcken für die Sicherheit Europas entscheidend ist. Voraussetzung dafür, daß das Machtgleichgewicht erhalten bleibt und die Sicherheit Europas nicht aufs Spiel gesetzt wird, ist die Zusammenarbeit im Westen und die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in jedem einzelnen Lande. Als Realpolitiker hat Willy Brandt dies klar erkannt und sehr viel dazu beigetragen, daß die westeuropäischen Länder — sowohl frühere Freunde als auch Feinde — in einer vertrauensvollen und fruchtbaren Zusammenarbeit zusammenfanden.

Die Beziehungen der beiden Blöcke haben sich auf vielerlei Weise verschlechtert. Willy Brandt hat diese bittere aber realistische Tatsache eingesehen und erkannt, daß für eine absehbare Zukunft Europa weiterhin in zwei Blöcke geteilt bleiben wird.

Davon ausgehend hat Willy Brandt seine Initiativen unternommen, um zu versuchen, mit Staaten des Ostens ein neues Verhältnis zu erreichen. Ohne Zweifel haben die persönlichen Eigenschaften Willy Brandts, seine Fähigkeiten, Vertrauen und Respekt zu gewinnen, für den Erfolg dieser Bemühungen eine entscheidende Rolle gespielt. Willy Brandt hat auch eingesehen, daß, wenn Verhandlungen zu dauerhaften Ergebnissen führen sollen, beide Seiten das Gefühl haben müssen, etwas erreicht zu haben. Die endgültigen Ergebnisse der Zielsetzungen Willy Brandts liegen noch nicht vor. Die Tatsache, daß heute abschließende Verhandlungen über ein Berlin-Abkommen geführt wurden, das seinerseits die Ratifizierung der Gewaltverzichtsverträge zwischen der Bundesrepublik und Polen und der Sowjetunion ermöglichen wird, zeigt, daß Staaten, die früher keine Verbindungen miteinander hatten, realistische Verhandlungen über Probleme zu Ende führen konnten, die sie gemeinsam und in schwerwiegender Weise angehen.

Der Politiker und Staatsmann Willy Brandt hat stets bewiesen, daß er einen klaren und nüchternen Verstand mit einem warmen Herzen verbindet.

Indem ich mein Glas auf das Wohl des diesjährigen Trägers des Nobelpreises erhebe, danke ich Willy Brandt für den von ihm geleisteten Einsatz und gratuliere ihm zur Verleihung des Friedensnobelpreises. Ich spreche ihm alle guten Wünsche aus und hoffe, daß ihm für seine weitere Arbeit für den Frieden und die Sicherheit Erfolg beschieden sein möge.

Tischrede des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Willy Brandt antwortete auf die Rede des Stortingpräsidenten mit der nachstehenden Tischrede:

Sehr verehrte Mitglieder des Nobelkomitees,
Herr Präsident des Storting, meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich dem Nobelkomitee für diesen schönen Abend danken. Und dem Herrn Stortingpräsidenten möchte ich sagen, wie sehr ich das zu schätzen weiß, was er in seiner Tischrede gesagt hat.

Für die ausländischen Gäste, zu deren Sprecher ich mich machen darf, ist dieser Abend ein festliches Erlebnis, das niemand vergessen wird. Dies gilt ganz besonders für diejenigen, die aus der Bundesrepublik Deutschland hierhergekommen sind. Meine Frau, die sich mit mir über diesen Tag freut, ist verständlicherweise nicht ganz sicher, ob sie sich zu Hause oder zu Besuch fühlen soll. Das geht dem Rest der Familie auch nicht anders.

Was im übrigen meine Landsleute angeht, so empfehle ich, sie daraufhin zu prüfen, ob das Wort Clemenceaus, die Deutschen liebten das Leben nicht, heute noch einen Sinn ergibt. Der Bundesaußenminister, mein Freund Walter Scheel, der heute abend aus Brüssel hierhergekommen ist, wird jeden vom Gegenteil überzeugen können. Er und ich vertreten in einer Regierung zwei Parteien, aber eine Friedenspolitik, und bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition vertreten wir auch einen gemeinsamen Friedenswillen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes.

Der 10. Dezember 1971 war ein wichtiger Tag. Bevor Walter Scheel von der NATO-Konferenz in Brüssel hierhergekommen ist, hat er dort ein Abkommen vereinbart, das für die beiden kommenden Jahre die Fragen regelt, die mit der amerikanischen Präsenz in Europa und in Deutschland zusammenhängen. Es kostet Geld, aber es ist notwendig.

Im Laufe des Tages erhielten wir dann die Nachricht, daß der Streik in der Metallindustrie bei uns beigelegt sei. Dann erhielten wir weiter die Nachricht, daß unsere Freunde in Berlin sich heute abend über ihren Teil zur Ausfüllung des Viermächte-Abkommens geeinigt haben.

Am Nachmittag habe ich die Briefe an die drei Westmächte unterschrieben, um in aller Form mitzuteilen, daß wir das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 ausgefüllt haben.

Staatssekretär Bahr wird morgen früh direkt von Oslo nach Ostberlin fliegen, um den Teil der Vereinbarung zu paraphieren, der die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin regelt.

Staatssekretär Egon Bahr hat seit Jahren — zunächst in Berlin dann in Bonn — an meiner Arbeit einen wesentlichen Anteil. Er hat — wie das bei Mitarbeitern auch sonst gelegentlich geschieht — nicht nur Lob geerntet, sondern auch Prügel entgegengenommen, die eigentlich meinem breiteren Buckel zugeordnet war. Weiter möchte ich Peter Blachstein nennen. Er und ich haben hier als Flüchtlinge jene Jahre verbracht, die nicht immer leicht, im ganzen aber doch schön waren. Wir haben damals auch nicht nur Unsinn geredet, sondern schon manches von dem ins Auge gefaßt, was über den Augenblick hinaus Bedeutung behält.

Was mich selbst betrifft: mir ist eine unerwartete, vielleicht unverdiente, jedenfalls unübertreffliche Ermuti-

gung zuteil geworden. Und ich empfinde es als eine zusätzliche Ehrung, daß ich diese Auszeichnung aus norwegischer Hand entgegennehmen durfte.

Freilich bin ich nun auch in dem Alter, in dem man deutlicher wahrzunehmen beginnt, wie sich die Reihen lichten. Wenn ich sagen sollte, wen ich hier heute abend besonders vermisse, dann würde ich den Namen Halvard Lange nennen. Wir haben über die Jahre hinweg einander viel zu sagen gehabt. Heute habe ich besonders daran denken müssen, wie wir — als er aus Sachsenhausen zurück war und ich, aus Stockholm zurück, vor meiner ersten Reise ins Nachkriegs-Deutschland stand — im Nobelinstitut am Drammensvei lange Gespräche über die Chancen des neuen Friedens führten.

Unter den vielen Briefen dieser Wochen waren auch solche, in denen es hieß: Hitler sei jetzt wirklich überwunden. Wenn das richtig ist, und es muß richtig sein, dann habe ich doppelt gewonnen. Während des Krieges hatte ich geschrieben, Hitler habe mir zweimal die Heimat genommen, ich müßte sie also zweimal wiedergewinnen.

Dies hängt natürlich damit zusammen, das Norwegen für mich viel mehr war als ein Asyl. Ich bin hier gereift, ich habe hier viel von dem in mich aufgenommen, was mein Denken und meine Arbeit bestimmt hat. Ich scheue mich nicht, hier noch einmal zu sagen: die Jahre in Norwegen und im übrigen Norden haben für mich viel bedeutet.

Hier habe ich gelernt, was gute Nachbarschaft bedeutet, im Innern und nach außen. Hier habe ich gelernt, die Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität vom Podest der Lehrbücher herunterzuholen, sie auch aus der Enge einer Gesinnungsgemeinschaft zu lösen und sie — im Wissen um die Unzulänglichkeiten, die

allem Menschenwerk anhaften — auf allgemein gesellschaftliche und internationale Zusammenhänge zu übertragen.

Hier habe ich auch gelernt, daß der Wert eines Landes nicht von der Zahl seiner Einwohner abhängt. Und daß den kleineren Nationen in der internationalen Zusammenarbeit besondere Aufgaben zufallen: kulturell, humanitär und nicht zuletzt in der rechtlich-moralischen Verankerung der Arbeit für den Frieden.

Wenn ich morgen davon sprechen werde, daß und wie der Friede in Europa machbar ist, daß und wie sich daraus größere weltweite Verantwortung ergibt, so stütze ich mich natürlich auf Erfahrungen der letzten Jahre. Aber in allem schwingt mit, was mir die Lehrjahre draußen eingeprägt haben.

Dazu habe ich mich stets bekannt. Mein Verhältnis zu diesem Land und seinen Menschen ist unverändert geblieben. Meiner wachsenden Verantwortung in der deutschen und europäischen Politik hat dies, soweit ich sehen kann, nur Nutzen gebracht, auch wenn es dazu unterschiedliche Meinungen gegeben hat. Niemand hat übrigens jemals befürchten müssen, daß er durch meine Wahl einer Art norwegischer Okkupation unterworfen würde.

In Wirklichkeit ist es so: Ich habe damals, als Neunzehnjähriger, mein Bild von einem Deutschland des Anstands und der Gerechtigkeit mit in die Fremde genommen. Bei aller Scham über die Verbrechen, die im mißbrauchten Namen meines Volkes verübt wurden, habe ich die Chance der deutschen Freiheit niemals preisgegeben. Und heute bin ich stolz darauf, daß ich hier zu Ihnen für einen Staat sprechen kann, in dem wir die Chance der Freiheit und des Friedens wahrgenommen haben.

Ich muß zu meiner Schande bekennen, daß ich bis vor einigen Wochen nur oberflächlich mit dem Leben und

Denken Alfred Nobels vertraut gewesen bin. Also habe ich etwas nachholen müssen. Dabei hat es mich fasziniert, an wie vielen Punkten Nobel seiner Zeit voraus gewesen ist. Er hat ja beispielsweise — auch aus heutiger Sicht — sehr moderne sozialpolitische Auffassungen vertreten.

Nicht genug damit, in den letzten Jahren seines Lebens hat er gesagt, er sei „eine Art von Sozialdemokrat, aber mit verschiedenen Einschränkungen“, nun, sein damals engster Mitarbeiter hat dies gleich zurechtgerückt. Nobel sei „in Gesinnung, Wort und Tat alles andere als ein Sozialdemokrat“ gewesen. Und Ragnar Sohlman fügte kühl hinzu: „Er war überhaupt kein Demokrat.“

Nun, er hat sich ja, Gott sei Dank, auch noch nicht mit dem auseinanderzusetzen gehabt, was unsereins in den letzten Jahrzehnten hat durchmessen müssen. Ich gehöre zu denen, die diese Erfahrungen nicht nur als eine Last empfinden. Aber ich hoffe doch sehr, daß die, die nach uns kommen, sie so nie werden wiederholen müssen.

Würde ich selbst erneut vor die Entscheidung gestellt, meine Leidenschaft zur Freiheit wäre nicht erloschen. Stärker noch als in meiner Jugend, als auch ich zuweilen durch die Ismen abgelenkt wurde, ergibt sich meine Orientierung aus dem Leid, der Hoffnung und dem Recht der einzelnen Mitmenschen, aus ihrem Anspruch auf Freiheit von Furcht und auf Freiheit von Not.

Niemand kann die Vergangenheit einfach abschütteln. Aber fast jeder kann, wenn er will, aus der Vergangenheit lernen und an einer friedlichen Zukunft mitbauen. Dazu möchte ich einladen, heute und jeden Tag, der mir gegeben ist.

Ich darf Sie alle bitten, mit mir auf das Wohl des Nobelkomitees anzustoßen.

Friedenspolitik in unserer Zeit

Bundeskanzler Willy Brandt hielt am 11. Dezember 1971 in der Aula der Universität Oslo anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises folgenden Vortrag:

I.

Der Friedensnobelpreis 1971 ist einem aktiven Politiker zuerkannt worden; also kann nur sein weitergehendes Bemühen, nicht eine abgeschlossene Leistung gewürdigt worden sein.

Gestern habe ich danksagen dürfen, heute will ich über Friedenspolitik in unserer Zeit sprechen. Über meine Erfahrungen und natürlich darüber, was mein eigenes Land tun kann. Auch über das, was wir in Europa und von Europa aus für die Welt tun können. Es ist wenig genug, wie unsere Ohnmacht angesichts des neuen Krieges zwischen Indien und Pakistan ver-
rät.

Meine Grundsätze will ich gerade jetzt deutlich unterstreichen: Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse läßt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muß dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern.

Außenminister Walter Scheel und ich lassen uns davon leiten, daß es nicht genügt, friedfertige Absichten zu

bekunden, sondern daß wir uns aktiv um die Organisation des Friedens zu bemühen haben.

Krieg führen — Frieden halten; unser Sprachgebrauch zeigt an, welche Herausforderung der Frieden ist, sobald wir ihn als eine permanente Aufgabe begreifen. Wie man dem Krieg wehren kann, ist eine Frage, die zur europäischen Tradition gehört — Europa hat stets Grund genug gehabt, danach zu fragen. Der Politiker, der im täglichen Widerstreit der Interessen der Sache eines gerechten Friedens zu dienen sucht, zehrt von den ideellen Kräften, die die Generationen vor ihm ausgeformt haben. Bewußt oder unbewußt wird er von ihnen geleitet.

Unsere ethischen und sozialen Begriffe sind durch zwei Jahrtausende Christentum vor- und mitgeprägt. Und das heißt — trotz vieler Verirrungen unter dem Feldzeichen des bellum justum, des „gerechten Krieges“ — immer wieder neue Versuche und Anstrengungen, um zum Frieden auch auf dieser Welt zu gelangen.

Unsere zweite Quelle ist der Humanismus und die mit ihm verbundene klassische Philosophie. Immanuel Kant verband seine Idee der verfassungsmäßigen Konföderation von Staaten mit einer uns Heutigen sehr deutlichen Fragestellung: Die Menschen werden eines Tages vor der Wahl stehen, entweder sich zu vereinigen unter einem wahren Recht der Völker, oder aber ihre ganze in Jahrtausenden aufgebaute Zivilisation mit ein paar Schlägen wieder zu zerstören; und so wird die Not sie zu dem zwingen, was sie besser längst aus freier Vernunft getan hätten.

Eine dritte starke Quelle ist der Sozialismus mit seinem Streben nach gesellschaftlicher Gerechtigkeit im eigenen Staat und darüber hinaus. Und mit seiner Forderung, daß die Gesetze der Moral nicht nur zwischen einzelnen Bürgern, sondern auch zwischen Völkern und Staaten gelten sollen.

Friedenspolitik ist eine nüchterne Arbeit. Auch ich versuche, mit den Mitteln, die mir zu Gebote stehen, der Vernunft in meinem Lande und in der Welt voranzuhelfen: Jener Vernunft, die uns den Frieden befiehlt, weil der Unfriede ein anderes Wort für die extreme Unvernunft geworden ist.

Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio. Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche.

Was in Deutschland zwölf Jahre lang in extremer Zuspitzung Realpolitik genannt wurde, hat sich als höllische Chimäre erwiesen. Heute sind wir dabei, mit uns selbst und mit der Welt ein erträgliches Gleichgewicht zu finden. Wenn in der Bilanz meiner politischen Wirksamkeit stehen würde, ich hätte einem neuen Realitätssinn in Deutschland den Weg öffnen helfen, dann hätte sich eine große Hoffnung meines Lebens erfüllt.

Ich sage hier wie zu Hause: Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein. Ein guter Deutscher weiß, daß er sich einer europäischen Bestimmung nicht versagen kann. Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte. Unser Europa, aus der Erfahrung von Leiden und Scheitern geboren, ist der bindende Auftrag der Vernunft.

II.

Unter der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit ist die Koexistenz zur Frage der Existenz überhaupt geworden. Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zur einzigen Chance zu überleben.

Womit hatten wir es in den letzten 25 Jahren in Europa vor allem zu tun? Einmal mit einem imponierenden

Wiederaufbau, zum anderen mit fortgesetzten Spannungen. Der Ost-West-Konflikt — dessen Ursachen im Wesentlichen nicht im Westen lagen — hat viele Kräfte gebunden. Ich habe diese Zeit am Schnittpunkt Berlin intensiv miterlebt. Lassen Sie mich gleich hinzufügen: Ich habe meine Aufgabe dort — gerade in dem sehr „militanten“ Jahren — immer auch in ihrer friedenssichernden Wirkung gesehen. Es war und ist meine Überzeugung: Hätte sich der Westen aus meiner Stadt vertreiben lassen, wäre dies nicht nur ein Unglück für die unmittelbar betroffenen Menschen gewesen, nicht nur ein schwerer Schaden für die Bundesrepublik Deutschland, Westeuropa und die Vereinigten Staaten, sondern es hätten sich daraus mit großer Wahrscheinlichkeit sehr gefährvolle Konsequenzen für den Frieden ergeben. So war es nicht nur bei Stalins Blockade 1948, sondern auch nach Chruschtschows Ultimatum 1958.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die behaupten oder gar meinen, sie hätten immer recht gehabt. Mein Lebensweg verlangte, die eigene Position immer wieder zu durchdenken. Doch kann ich sagen, daß ich mich seit meiner Jugend von solchen Grundüberzeugungen habe leiten lassen, die zur guten Nachbarschaft führen sollen — im Innern und nach außen.

Als Berliner Bürgermeister habe ich erfahren, wie zugespitzte Lagen auf unser Denken einwirken. Ich habe dabei auch gewußt, daß Standhaftigkeit dem Frieden dient.

Über die Krisenjahre 1961 und 1962 ist viel geschrieben worden. Vielleicht kann ich ein paar zusätzliche Hinweise geben. Der Bau der Mauer hatte eine Seite, die am stärksten ins Auge fiel: die absurde Teilung dessen, was vom Gesamtorganismus einer Millionenstadt intakt geblieben war. Mit all den beklagenswerten Folgen, die sich daraus für die Menschen ergaben.

Daneben gab es die weltpolitische Seite dieses tiefen Einschnitts. Die Westmächte standen ohne Schwanken zu ihrem Schutz für West-Berlin. Aber sie fanden sich wohl oder übel damit ab, daß ihr Gegenpart allein über Ost-Berlin verfügte. Kein Viermächte-Status änderte etwas daran, daß die Mauer zur Trennungslinie zwischen den atomar gerüsteten Supermächten geworden war. Und niemand, der Verantwortung trug, hat verlangt, die Westmächte sollten militärische Macht einsetzen und einen Krieg riskieren, um ihren Anteil an einer ursprünglich gemeinsamen Verantwortung zu wahren.

Es gab noch einen anderen Aspekt, den der verbal überspielten Ohnmacht. Die Berufung auf Rechtspositionen, die sich nicht verwirklichen ließen. Das Planen von Gegenmaßnahmen für jeweils andere Situationen als die, mit denen man es zu tun hatte. In kritischen Lagen war man auf sich selbst gestellt; die Verbalisten hatten einem nichts zu bieten.

Leidenschaftliche Proteste waren berechtigt, auch notwendig, aber sie änderten nichts an der Lage. Die Mauer blieb; man mußte mit ihr leben, und ich habe Polizei aufbieten müssen, damit junge Demonstranten nicht in ihr Unglück rannten. Die Behinderungen auf den Zufahrtswegen nach Berlin blieben. Der Graben, der Deutschland trennte, von Lübeck bis zur tschechoslowakischen Grenze, blieb und wurde tiefer. Das Spiel mit den Trümpfen, die keine sind, wie Golo Mann formuliert hat, änderte nichts. Man mußte die politischen Möglichkeiten neu durchdenken, wenn man für die Menschen etwas erreichen und den Frieden sicherer machen wollte.

Die Kuba-Krise zeigte, dramatischer und mit höherem Einsatz, die Abgrenzung und die sich wandelnden Beziehungen zwischen den Atomgiganten.

Anfang Oktober 1962 besuchte ich John F. Kennedy. Er sprach von der Gefahr, die von gegen die USA gerichteten Raketenbasen ausgehen würde. Ich stand unter dem Eindruck, daß die Gefahr einer Fehlkalkulation nicht auszuschließen sei; es gab Truppenkonzentrationen um Berlin. Als der Präsident in der Nacht zum 23. Oktober seine bitterernste Kubarede hielt, stellte er zweimal den Zusammenhang mit Berlin her. Ich bestärkte ihn.

Tatsächlich ist damals in unserem Teil der Welt alles ruhig geblieben. Die Kuba-Krise wurde durch verantwortungsbewußte Kaltblütigkeit beigelegt. Dies war eine wichtige Erfahrung und ein Wendepunkt.

Wenige Wochen zuvor hatte ich in Harvard über Koexistenz gesprochen. Von meiner Berliner Erfahrung ausgehend sagte ich, ein realistisches Selbstbewußtsein brauche die Fühlung mit dem politischen und weltanschaulichen Gegner nicht zu fürchten. Die Unsicherheit der Zeit dürfe einen nicht selbst unsicher machen. Was nutze die Tuchfühlung, wenn man nicht bereit sei zu reden! Reden heiße aber doch auch verhandeln, mit der Bereitschaft zum Ausgleich, nicht zu einseitigen Konzessionen. Aktive Friedenspolitik bleibt ein langfristiger Test unserer geistigen und materiellen Lebenskraft.

III.

Der Einsicht in die Abgründe eines globalen Krieges folgte die Erkenntnis, daß Probleme globalen Ausmaßes uns bedrängen: Hunger, Bevölkerungsexplosion, Umweltgefahren, Abnahme der natürlichen Vorräte. Diese Dimensionen kann nur ignorieren, wer den Untergang dieser Welt akzeptiert oder gar mit Wollust erwartet.

In unseren Jahren liefern die Gelehrten uns Bücher, die ausgezeichnet sind durch Sachkenntnis und tiefen

Ernst. Da geht es nicht mehr nur um die Gegensätze zwischen Ideologien und Gesellschaftssystemen; da geht es um die Zukunft des Menschen, und ob er überhaupt eine Zukunft hat. Da geht es um Aufgaben, die die Grenzen jedes Staates und Kontinents überschreiten. Da wird Politik selber zur Wissenschaft; und diese Wissenschaft ist eine, an der gerade die reichen, die zivilisatorisch überlegenen Mächte gemeinsam teilnehmen müssen; es kann sie kein Staat mehr für sich allein betreiben.

Wir bedürfen des Friedens nicht nur im Sinn eines gewaltlosen Zustandes. Wir bedürfen seiner als Voraussetzung für jene rettende Zusammenarbeit, die ich meine. So wie sie den Frieden voraussetzt, so kann sie auch Frieden schaffen helfen. Denn da, wo rettende Zusammenarbeit ist, da ist Friede, da stellt auch Vertrauen mit der Zeit sich ein. Mein Land ist keine „große“ Macht mehr und kann es nicht mehr sein. Aber eine wirtschaftliche, wissenschaftliche Macht ist es ja wohl; und ich glaube, ich darf versichern, daß wir alle — worüber sich Regierung und Opposition sonst auch streiten mögen — zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sind, jederzeit und überall.

Ich habe von ein paar Aspekten dessen gesprochen, was man heute Friedensforschung nennt. Tatsächlich ist eine neue Qualität der internationalen Politik seit mehr als einem Jahrzehnt erkennbar geworden. Der Kalte Krieg mit seiner sterilen Paradoxie, die Grenzen erstarren zu lassen, ohne die Gefahren des Zusammenstoßes zu verhindern, zeigte keinen Ausweg. Man begann, die extremen Gefahren zu kontrollieren, die Spannungen abzubauen. Man lernte in Kuba und Berlin, Konflikte zu beherrschen. De Gaulle und Nixon setzten den Kurs auf Kooperation statt Konfrontation. Breschnew und Kossygin steuerten auf ihre Weise ein neues Verhältnis zum Westen an.

Im kleinen habe ich vor acht Jahren als Regierender Bürgermeister der Erkenntnis gemäß gehandelt, daß kleine Schritte besser sind als keine Schritte. Als Hunderttausende nach Jahren der Trennung ihre Angehörigen zu Weihnachten besuchen konnten, durch Passierscheine, war dies in der Nußschale die Anwendung der Erkenntnis, daß es eine neue, nur scheinbare Paradoxie geben kann, die sich segensreich auswirkt: Durch das Erkennen der Lage, wie sie ist, die Lage zu verbessern.

Von damals und den in Harvard entwickelten Vorstellungen der Koexistenz als Herausforderung, über die Tätigkeit als Außenminister, die Regierungserklärung vor mehr als zwei Jahren, die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin wird man keine Überraschungen auf meinem Weg finden. Keine Illusionen, keine Schaukelpolitik. Ich versuche allerdings zu tun, was ich gesagt habe.

Aktive Koexistenz-Politik darf weder von Furcht noch von Vertrauensseligkeit getragen sein. Ich weiß, daß das westliche Bündnis funktionieren würde; das potentielle Gegenüber wird sich darüber keine Illusionen machen. Aber auch das phantasielose Prinzip ist abzulehnen, nämlich, Staaten unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Verfassung könnten nicht ohne ernste Konflikte nebeneinander leben.

Wenn das Nebeneinander organisiert ist, sicher durch Ausschluß von Gewalt für alle, dann muß die Organisation des Miteinander beginnen. Dieser Wille wäre zum Scheitern verurteilt, wenn in ihm der Hintergedanke eines Kreuzzuges in neuer Form maßgebend wäre. Es gibt die Abgrenzung durch die ideologischen Gegensätze, und es wird sie weiter geben. Aber es ist ein Fortschritt, wenn mehr von den Interessen als von der Ideologie gesprochen wird. Es ist ermutigend, wenn Dialoge an die Stelle von Monologen in den

Ost-West-Beziehungen treten, um jene Probleme zu lösen, die trotz aller weiterbestehender Gegensätze gemeinsame Interessen berühren.

Gemeinsame Probleme lösen heißt Bindungen und Verbindungen schaffen durch sinnvolle Kooperation der Staaten über die Grenzen der Blöcke hinweg. Dies heißt, Transformation des Konflikts. Dies heißt, wirkliche oder eingebildete Barrieren abtragen bei gegenseitigem friedlichen Risiko. Dies heißt, Vertrauen schaffen durch praktisch funktionierende Regelungen. Und dieses Vertrauen mag dann die neue Basis werden, auf der alte, ungelöste Probleme lösbar werden. Diese Chance zu nutzen, kann die Chance Europas sein in einer Welt, in der erwiesen ist, daß sie nicht allein von Washington, von Moskau — oder von Peking — regiert werden kann.

So unverkennbar groß das Gewicht der Supermächte ist, so unbestreitbar bleibt, daß gleichzeitig weitere Kraftfelder entstehen. Hat es überhaupt Sinn, Zukunftsrechnungen aufzustellen: Dann und dann wird es so und so viele Großmächte geben? Unsere Welt steht im Zeichen der Vielzahl und des Wandels. Auch kleine Völker haben ihr Gewicht im großen Spiel; auch sie können Macht sein auf ihre Art; sie können helfen, sich und anderen; sie können auch sich und andere gefährden.

Das Einrücken der Volksrepublik China in die organisierte Staatengemeinschaft bedeutet nach meinem Verständnis keinen Übergang zur Tripolarität; es gibt mehr weltpolitische Kraftzentren als zwei oder drei. Aber es hat, von manchem anderen abgesehen, gewiß seine Bedeutung, daß das große China Entwicklungsland und Atommacht zugleich ist. Und daß bei den sich immer noch anhäufenden Problemen in der Dritten Welt die Enttäuschung über die Industriestaaten zunimmt.

Europa, das seine ungebrochene Lebenskraft nach dem letzten Krieg bewies, hat seine Zukunft nicht hinter sich. Es wird sich im Westen über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus — im Sinne Jean Monnets — in einer Union zusammenfinden, die auch ein Stück weltpolitischer Verantwortung übernehmen kann, unabhängig von den USA, aber — wie ich sicher bin — fest mit ihnen verbunden. Gleichzeitig gibt es Chancen für gesamteuropäische Kooperation und Friedenssicherung, vielleicht so etwas wie eine europäische Partnerschaft für den Frieden; wenn ich nicht wüßte, welche praktischen und ideellen Hindernisse noch zu überwinden sind, würde ich hier sogar von einem europäischen Friedensbund sprechen.

IV.

Ich bin mir wohl bewußt, daß wir Deutschen in den Annalen des Nobelpreises auf den Gebieten der Chemie und der Physik besser abgeschnitten haben als auf dem des Friedens. Doch sind wir aber auch hier vertreten. Der Krieg hat immer nach dem Frieden gerufen. Auch in meinem Land hat es zumal an mutigen Theoretikern des Friedens nicht gefehlt.

Ich erinnere an den Friedenspreisträger des Jahres 1927, Professor Ludwig Quidde. Von seinen Einsichten als Geschichtsforscher hatte er sich der internationalen Antikriegsbewegung verschrieben und war viele Jahre hindurch der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft. Im Ersten Weltkrieg wirkte er für den Bund Neues Vaterland — eine feine Camouflage für Europa —, dessen Geschäftsführer der spätere Berliner Bürgermeister Ernst Reuter war und zu dessen ersten Mitgliedern Albert Einstein gehörte. Schon seit 1907 Mitglied des Bayerischen Landtages und dann 1919/20 der Weimarer Nationalversammlung, trat Quidde für Schiedsgerichtsbarkeit und Völkerbund ein. Er hat demokratische Zivilcourage unter Opfern vorgelebt; er starb im Exil.

Äußerlich sichtbar ist meine Verbindung mit dem ersten deutschen Friedensnobelpreisträger, mit Gustav Stresemann. Auch er war, als er den Preis empfing, aktiver Politiker. Gewiß, nicht nur nach den Zeitumständen, auch nach dem persönlichen und dem politischen Temperament trennt uns manches, und keine Rückbesinnung, die Würde hat, soll etwas künstlich eibnen. Und doch: Selten kann man etwas leisten ohne Vorgänger. Man muß dafür auch danken können.

Auf den Ersten Weltkrieg war wie auf den Zweiten ein kalter Krieg der Verdächtigungen und Bedrückungen gefolgt. Die Ära des Mißtrauens brachte die Völker Europas nicht weiter. Es war Stresemann, der fünf Jahre nach dem Waffenstillstand die Einsicht vertrat und gegen Widerstände drinnen und draußen durchsetzte, daß das Beharren auf längst unterhöhlten Standpunkten unfruchtbar bleiben mußte. Er war der Meinung, daß erst eine Sicherheit des Vertrauens wiederhergestellt werden müsse, ehe sich die Dinge zum Besseren wenden könnten. Nicht alle dachten wie er. Viele glaubten, ehe sich nicht manches gebessert habe, dürfe man das Mißtrauen nicht aufgeben. Das war und ist ein Problem, damals wie heute. Der damalige Reichsaußenminister war nicht vertrauensselig. Aber er kämpfte — und dafür brauchte auch er Zivilcourage — für eine Politik der Verständigung, für seine Friedenspolitik.

Das Verhältnis, das damals der Krieg am stärksten belastet hatte, war das deutsch-französische. Nirgendwo war der Berg des Mißtrauens höher. Stresemann ging dagegen an, und er fand ein Echo auf der anderen Seite, bei demjenigen, mit dem zusammen er den Friedenspreis erhalten sollte, bei Aristide Briand. Was sie gemeinsam und — mit der Hilfe Englands — in Locarno erreichten, hat Stresemann an dieser Stelle so ausgedrückt: „Es ist einmal der Zustand des

dauernden Friedens am Rhein, gewährleistet durch feierlichen Verzicht der beiden großen Nachbarationen auf Anwendung von Gewalt, gewährleistet durch die Verpflichtung anderer Staaten, demjenigen ihre Macht zu leihen, der entgegen dieser feierlichen Vereinbarung Opfer der Gewalt wird.“

Sie werden verstehen, daß das, was mir diesen Satz so bedeutsam macht, der Begriff des Gewaltverzichts ist. Eine übelwollende Propaganda hat die deutsche Politik damals so mißverstanden oder mißdeutet, als habe man auf etwas verzichtet, was den Deutschen von Rechts wegen gehörte. In Wirklichkeit verzichtete man auf Gewalt, um den anderen das Gefühl der Sicherheit zu geben und eine Ära des Vertrauens zu eröffnen.

Jener Zustand des dauernden Friedens, von dem Stresemann sprach, er ist dann — wir alle wissen es — von denen wieder umgestoßen worden, die insgeheim auf die Gewalt nicht verzichtet hatten. Und doch war, so meine ich, das Werk von Locarno nicht vergeblich. Es hatte Bahnen vorgezeichnet, auf denen andere nach dem abermaligen Krieg gehen konnten.

Ich erinnere an Robert Schuman, so reich an generösen Ideen, auf französischer Seite; an Charles de Gaulle, den Staatsmann, der oft prophetischen Blick bewies; und auf der deutschen Seite an den konservativen und konstruktiven Politiker, Konrad Adenauer. Ihm ist es nicht nur vergönnt gewesen, im hohen Alter die Sehnsucht seines Lebens zu erfüllen und sein Deutschland mit Frankreich zu versöhnen. Er hat auch das Seinige getan, um die Bundesrepublik zu einem ebenbürtigen Mitglied der werdenden Union Westeuropas wie des Atlantischen Bündnisses zu machen. Wie immer wir dies damals im einzelnen beurteilt haben mögen: Ohne das, was im Westen geschaffen wurde, könnten wir nicht tun, was wir heute im Osten erstreben.

Hier, im Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn, gab es nun die stärksten Belastungen, die höchsten Berge des Mißtrauens. Hier lag die Aufgabe unserer Zeit. Sie ist noch längst nicht bewältigt. Wir haben erst angefangen damit, aber wir haben es getan und konnten es nur tun auf den Bahnen, die andere vor uns als erste gewagt hatten.

Europäische Friedenspolitik lebt aus dem Geist der Geschichte. Dies klammert die dunkelsten Jahre nicht aus, sondern bezieht sie ausdrücklich ein. In jenen bösen Jahren des Hitlerregimes hat die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky viel bedeutet.

Zusammen mit Quidde war er in der Deutschen Friedensgesellschaft tätig gewesen. Mit seiner scharfen Feder stritt er gegen Militarismus und Nationalismus. 1921 schrieb er: „Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei Blut: das Blut der Bürger Europas.“ Von ihm forderte die Zeit noch mehr als Zivilcourage, sie forderte von ihm das Leben.

Kurz vor der Verleihung versuchte einer der Gewalthaber von dem unbequemen Gefangenen die Zusage zu erpressen, daß er den Preis zurückweisen würde. Dann sollte er befreit, materiell sichergestellt und in Zukunft nicht mehr belästigt werden. Ossietzky sagte nein – und ging ins Gefängnis zurück. Ich war damals, als 22jähriger, „illegal“ in Berlin. Und gerade dort ging mir dies sehr nahe, nachdem ich an der „Kampagne“ unmittelbar beteiligt gewesen war.

Mit Carl von Ossietzky hat das Nobelkomitee einen Verfolgten geehrt, der nicht hierherkommen durfte, um den Preis zu empfangen. Seine Ehrung war ein moralischer Sieg über die damals herrschenden Mächte der Barbarei. Ich möchte dem Nobelkomitee heute im Namen eines freien Deutschland dafür in aller Form einen späten Dank aussprechen.

Gleichzeitig möchte ich all denen meine Anerkennung sagen und meine Ermutigung geben, die sich um Menschen kümmern, die wegen ihrer Überzeugung gefangengehalten oder auf andere Weise verfolgt werden.

Den Männern und Frauen des Widerstandes gegen Hitler bin ich gerade auch hier ein Wort tiefen Respekts schuldig. Ich grüße die ehemalige Résistance in allen Ländern.

Der deutsche Widerstand hat opfervoll für Anstand, Rechtlichkeit und Freiheit gekämpft. Er hat das Deutschland bewahrt, das ich als das meine empfinde und das mir mit der Auferstehung des Rechts und der Freiheit wieder ganz zur Heimat wurde.

Der gestrige Tag hat für mich auch den Sinn, daß er vor aller Welt offenkundig gemacht hat: Deutschland hat sich mit sich selbst versöhnt; es hat zu sich selbst zurückgefunden, so wie der Exilierte die friedlichen und menschlichen Züge seines Vaterlandes wiederentdecken durfte.

V.

Noch als Außenminister habe ich gesagt, daß die Politik unseres Landes sich eindeutig an dem einen Generalnenner Friedenssicherung zu orientieren habe. Der jetzige Bundesaußenminister und ich wissen natürlich, daß Friedenspolitik mehr bedeuten muß, als anderen zu applaudieren. Alle müssen sich fragen, was sie konkret beizutragen haben. Gerade ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland durfte nicht im Allgemeinen verharren; sie mußte sich zu ihrem spezifischen Beitrag äußern. Antworten, die wir selbst geben konnten, durften wir nicht anderen überlassen. Niemand kann uns dort etwas abnehmen, wo wir auf Grund der realen Lage unersetzbar sind.

Ich habe reale Lage gesagt. Die erkennt man nicht, wenn man der Selbsttäuschung unterliegt oder Politik mit Juristerei verwechselt. Der Kreml ist kein Amtsgericht, sagte Präsident Paasikivi, und das Bild ließe sich ausweiten, auch auf Washington. Ich wußte, daß die Rechnung für Hitlers Krieg noch offen war. Aber ich war und bin dennoch nicht gesonnen, über die Prinzipien der Menschenrechte und der Selbstbestimmung mit mir handeln zu lassen.

Von der realen Lage ausgehen, das hieß, niemandes territoriale Integrität in Frage zu stellen, sondern die Unverletzlichkeit der Grenzen anzuerkennen. Als wir den vertraglich organisierten Gewaltverzicht vorschlugen und die östlichen Nachbarn aufforderten, uns beim Wort zu nehmen, haben wir an das anknüpfen können, was andere Bundesregierungen vor uns gesagt und wozu sie sich in den Westverträgen verpflichtet hatten. Aus der Logik unserer Politik folgte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die ihre Zuordnung zu den beiden Bündnissystemen gefunden hatten.

Die Spannung — zwischen Friedenswillen und Selbstbehauptung — der der deutsche Politiker in der Zeit der Konfrontation unterworfen war, führte über leidenschaftliche Auseinandersetzungen zu wesentlichen Klärungen. Unsere West-Ost-Politik hat sich hieraus ergeben. Wir haben das Gebot der Selbstbehauptung ernst genommen, und den Gedanken der nationalen Einheit haben wir nicht verkümmern lassen. Sondern wir sind daran gegangen, auch in unserem nationalen Interesse, unser Verhältnis zu Osteuropa neu zu ordnen. Dies ist keine einfache Folge von Maßnahmen und Verträgen, sondern ein breiter und vielgestaltiger Ablauf, der alle möglichen Wege zur Relativierung der Grenzen zu nutzen und neue Wege zu öffnen sucht.

Das Etikett „Ostpolitik“ sagt mir nicht zu. Aber wie will man etwas einfangen, was sich als Begriff selbständig gemacht und — wie „Gemütlichkeit“ unübersetzbar erscheinend — Eingang in die internationale Terminologie gefunden hat? Das Wort ist vorbelastet. Und es läßt die Fehldeutung zu, als sei es mit der Auswärtigen Politik wie mit einer Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht. In Wirklichkeit ist es so: Unsere Entspannungspolitik fing im Westen an und bleibt im Westen verankert. Wir wollen und brauchen die Partnerschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Niemand sollte übersehen: Die westeuropäische Eini-gung, an der wir aktiven Anteil haben, behält für uns Priorität. Das Atlantische Bündnis ist für uns unverzichtbar. Aber nicht nur die allgemeine weltpolitische Entwicklung, sondern auch die besondere Realität der Westverträge erfordern deren Ergänzung durch gute, normale, nach Möglichkeit freundliche Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Partnern im Warschauer Pakt. Darin bin ich mir einig mit Präsident Pompidou, mit den Premierministern Heath und Colombo, mit all unseren Freunden und Verbündeten.

Wir werden — weil es für uns selbst, für die Deutschen in den beiden Staaten der einen Nation, von Nutzen ist — unsere Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen ratifizieren. Ein entspanntes und ergiebiges Verhältnis auch zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes herzustellen, ist ein Ziel der Bundesregierung. Die Beziehungen zur DDR werden, allen Schwierigkeiten zum Trotz, auf dem Boden der Gleichberechtigung geordnet werden, und zwar in der zwischenstaatlich üblichen Form, aber auch in Respekt vor den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Die Verhandlungen der beiden deutschen Seiten zur Ausfüllung des Berlin-Abkommens der Vier Mächte haben gezeigt,

daß schwierige Fragen sogar bei nicht zu vereinbarenden Rechtsauffassungen zu regeln sind.

Die Bundesrepublik kennt die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Mit dieser Einsicht verbunden ist das Bewußtsein, daß sie durchaus auch Macht hat und eine Macht ist — sie versteht sich mit allen ihren Kräften als eine Friedensmacht. Der Übergang von der klassischen Machtpolitik zur sachlichen Friedenspolitik, die wir verfolgen, muß als der Ziel- und Methodenwechsel von der Durchsetzung zum Ausgleich der Interessen begriffen werden. Dies erfordert Selbstüberwindung, Sachlichkeit und keine weniger sichere Einschätzung politischer Kräfte und Möglichkeiten, als sie die klassische Machtpolitik verlangt. Vom geheiligten Egoismus der Nation soll sie zu einer europäischen und globalen Innenpolitik führen, die sich für ein menschenwürdiges Dasein aller verantwortlich fühlt.

VI.

Wenn ich mich nun einigen Elementen eines möglichen europäischen Friedenspaktes zuwende, so halte ich mich nicht bei institutionellen Vorstellungen auf, die sich auf kürzere Sicht doch nicht verwirklichen lassen. Aber ich bekenne mich nachdrücklich zu den universellen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, so oft sie auch mißachtet werden. Sie haben in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck gefunden: Souveränität — territoriale Integrität — Gewaltlosigkeit — Selbstbestimmungsrecht der Völker — Menschenrechte.

Diese Grundsätze sind unabdingbar, auch wenn es an ihrer Erfüllung so oft mangelt da und dort; das weiß ich. Übrigens gehört es zu den Härten im Leben eines Politikers, besonders eines Regierungschefs, daß er nicht immer alles sagen darf, was er denkt; daß er, um des Friedens willen seinen Gefühlen nicht immer freien Lauf lassen kann.

Ich möchte im übrigen betonen, daß meiner Überzeugung nach die gesamteuropäische Sicherheit und Zusammenarbeit nicht beeinträchtigt wird, wenn die westeuropäische Einigung weiter voranschreitet. Westeuropa mit Einschluß Großbritanniens, also die sich erweiternde Gemeinschaft, formiert sich nicht als Block gegen den Osten, sondern kann — auch durch die Stärkung ihrer sozialen Komponente — zu einem besonders wichtigen Bauelement einer ausgewogenen europäischen Sicherheit werden. Fester Zusammenhalt im Innern steht nicht im Gegensatz zu großer Offenheit in der Zusammenarbeit nach außen.

Weiter will ich sagen: Europa und Amerika sind nicht zu trennen. Sie brauchen einander als selbstbewußte, gleichberechtigte Partner. Unsere Freundschaft wird den Vereinigten Staaten um so mehr gehören, je schwerer dieses große Land an seinen Bürden trägt.

Die Punkte, die ich skizziere, gehen realistisch davon aus, daß wir die Welt mit ihren Ordnungen und Gedankenkräften zunächst so nehmen müssen, wie sie heute ist. Wohl wissend, mit wieviel Unvollkommenem wir es zu tun haben, muß trotzdem der Versuch gemacht werden, ein Gebäude des Friedens zu errichten, das gegenüber alten Systemen und Egoismen Bestand haben kann und das sich ausbauen läßt.

Erstens

heißt dies: Unsere gesamteuropäische Politik kann über die jahrhundertealten Identitäten von Nationen und Staaten nicht hinweggehen. Wir müssen vielmehr ein Gleichgewicht zwischen den Staaten und Staatengruppen schaffen und wahren, in dem die Identität und die Sicherheit eines jeden von ihnen geborgen sein kann. Ein solches Gleichgewicht muß aber mehr sein als nur ein ausgewogenes System militärischer Machtmittel.

Zweitens:

Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme. Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein. Unantastbarkeit der Grenzen kann jedoch nicht heißen, sie als feindliche Barrieren zu zementieren.

Drittens:

Über den allgemeinen Gewaltverzicht — sei er bilateral oder multilateral ausgesprochen — hinaus können wir mehr Sicherheit erreichen durch gleichberechtigte europäische Teilnahme an speziellen Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. Über den ausgewogenen Abbau von Truppenstärken in der Mitte Europas muß konkret verhandelt werden.

Viertens:

Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten muß respektiert werden, aber Nichteinmischung ist nicht genug. Ein Europa des Friedens braucht die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen, denn das Ringen der Überzeugungen und Interessen wird weitergehen. Europa braucht Toleranz. Nicht moralische Gleichgültigkeit, sondern Gedankenfreiheit.

Fünftens:

Die Zeit ist reif, neue Formen der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu entwickeln und eine gesamteuropäische Infrastruktur auszubauen. Und vor allem auch dies: Europa ist als Kulturgemeinschaft gewachsen; es sollte wieder werden, was es war.

Sechstens:

Soziale Gerechtigkeit gehört zu den Grundlagen eines dauerhaften Friedens. Materielle Not ist konkrete Unfreiheit. Sie muß, jedenfalls in Europa, durch Evolution überwunden werden.

Siebtens:

Europa muß seiner weltweiten Verantwortung gerecht werden. Dies ist Mitverantwortung für den Weltfrieden. Dies hat auch Mitverantwortung für Gerechtigkeit nach außen zu bedeuten, um Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Friede ist mehr als Abwesenheit von Krieg, obwohl es Völker gibt, die hierfür heute schon dankbar wären. Eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung erfordert gleichwertige Entwicklungschancen für alle Völker.

Hier geht es nicht um abstrakte Fernziele, sondern um die mögliche Versachlichung der Gegensätze heute. Ich weiß, daß dies manchen, gerade in der jungen Generation, zuwenig ist und daß es vielen überhaupt zu langsam geht. Es ist nicht schädlich, sondern hilfreich, wenn junge Menschen aufbegehren gegen das Mißverhältnis zwischen veralteten Strukturen und neuen Möglichkeiten. Wenn sie protestieren gegen den Widerspruch von Schein und Wirklichkeit. Ich halte nichts davon, der Jugend nach dem Mund zu reden. Aber ich werbe um die kritische und verantwortungsbewußte Mitarbeit ihrer unverbrauchten Kräfte.

Wir brauchen Augenmaß, Beharrlichkeit und Ausdauer. Wir brauchen natürlich auch Sinn und Kraft für die neuen Dimensionen. Angesichts der Größe der Aufgaben bedarf es einer gesunden Mischung von Zukunftsglauben und nüchternem Realismus. Kann es im übrigen etwas Wichtigeres geben, als die Organisation Europas und des Friedens mitzugestalten!

VII.

Der praktischen Politik stellen sich in naher Zukunft zwei Aufgaben: Eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Verhandlungen über die Truppenreduktion. Gleichzeitig müssen die Staaten Europas beginnen, ihre wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln, ungeachtet, ob sie in Blöcken gebunden sind oder nicht, angemessen den großen Projekten, die zur Entwicklung Europas verwirklicht werden wollen. Und dafür dürfen Staatsgrenzen kein Hindernis sein.

Die Konferenz wird sich mit den Möglichkeiten der Kooperation und gleichzeitig mit Fragen der Sicherheit zu befassen haben. Ich sehe die Möglichkeit, zwischen Ost und West, Nord und Süd, in Europa durch wirtschaftliche und andere Verbindungen gemeinsame Interessen und Verpflichtungen zu schaffen, die ein Mehr an Sicherheit für alle entwickeln.

Der Gewaltverzicht muß ein Gesetz werden, das jeder Staat respektiert und das Interventionen ausschließt. Auf diesem gewiß nicht kurzen Weg können wir zu einem Sicherheitssystem in Europa kommen, das die Blöcke in gewisser Hinsicht überlagert und das, wie die Dinge in der Welt liegen, weder ohne die Vereinigten Staaten noch ohne die Sowjetunion denkbar ist.

Eine ausgewogene Truppenreduktion kann den Weg dahin ebnen. Ich habe das „Signal von Reykjavik“ im Frühsommer 1968 mitformuliert und natürlich den Rückschlag nicht vergessen, dessen Zeugen wir kurz danach wurden. Es wird auch jetzt noch ein steiniger Weg sein. Wer die Geschichte der globalen oder regionalen Abkommen verfolgt hat, die in den letzten zehn Jahren vom Genfer Abrüstungsausschuß in mühevoller Arbeit erzielt wurden — Antarktis, Teststop, Weltraum, Nichtverbreitung, Meeresboden, biologische Waffen —, fühlt sich jedoch trotz allem ermutigt. Gemeinsam mit

anderen finden die Supermächte, bei aller Gegensätzlichkeit, Teilgebiete gemeinsamer Interessen an der Sicherung des Friedens.

Ich fühle mich aus einem besonderen Grunde zusätzlich ermutigt: Im Laufe dieses Jahres habe ich Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew unabhängig voneinander die gleichen Fragen zu einigen Aspekten einer Truppenreduzierung unterbreitet, und ich habe sie von beiden positiv beantwortet bekommen. Auch die Führer der mächtigsten Staaten fragen sich, ob sie mehr Geld für andere als militärische Zwecke freisetzen können.

VIII.

Der Organisierung des Friedens stehen starke Kräfte entgegen. Wir haben erfahren, in welche Barbarei der Mensch zurückfallen kann. Keine Religion, keine Ideologie, keine glanzvolle Entfaltung der Kultur schließt mit Sicherheit aus, daß aus den seelischen Tiefenschichten der Menschen Haß hervorbrechen und Völker ins Unheil reißen kann. Der Frieden ist so wenig wie die Freiheit ein Urzustand, den wir vorfinden: Wir müssen ihn machen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Dazu müssen wir noch mehr wissen über den Ursprung des Unfriedens. Auch hier liegen große Aufgaben für die Friedens- und Konfliktforschung. Ich meine: neben vernünftiger Politik ist Lernen in unserer Welt die eigentlich glaubhafte Alternative zur Gewalt.

Als Gegenkraft haben wir auch mit dem sacro egoismo zu rechnen, den großen geheiligten Egoismen der Gruppen. Wir sehen sie in Europa praktisch noch jeden Tag. Und der ungebändigte Nationalegoismus in den jungen Staaten entfaltet sich so schnell, daß es ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten scheint, den jahrhundertelangen Vorsprung der alten Nationen einzuholen.

Ideologien, ihre Verkünder und Gläubiger setzen sich immer wieder über ethische Grundnormen des Zusammenlebens hinweg, weil sie die Menschheit „besser“ machen, die Reinheit der Lehre wahren oder andere Lehren überwinden wollen. Zwischen solchen Kräften ist kein dauernder Friede zu stiften. Zur Friedenspolitik gehört, sie zur Einsicht zu bringen, daß weder Staaten noch Ideologien Selbstzweck sind, sondern daß sie dem einzelnen Menschen und seiner sinnvollen Selbstverwirklichung zu dienen haben.

Der Anspruch auf das Absolute bedroht den Menschen. Wer sich im Besitze der ganzen Wahrheit glaubt, wer das Paradies nach seinen Vorstellungen heute und hier haben will, der zerstört nur zu leicht den Boden, auf dem eine menschenwürdige Ordnung wachsen kann. Auch in der Tradition der europäischen Demokratie lebt neben einem humanitären ein doktrinärer Zug, der zur Tyrannei führt; Befreiung wird dann zur Knechtschaft.

Junge Menschen erwarten oft von mir das ungebrochene Ja, das deutliche Nein. Aber mir ist es unmöglich geworden, an eine einzige, an die Wahrheit zu glauben. Also sage ich meinen jungen Freunden und anderen, die es hören wollen: es gibt mehrere Wahrheiten, nicht nur die eine, alles andere ausschließende Wahrheit. Deshalb glaube ich an die Vielfalt und also an den Zweifel. Er ist produktiv. Er stellt das Bestehende in Frage. Er kann stark genug sein, versteintes Unrecht aufzubrechen. Der Zweifel hat sich im Widerstand bewiesen. Er ist zäh genug, um Niederlagen zu überdauern und Sieger zu ernüchtern.

Heute wissen wir, wie reich und wie begrenzt zugleich der Mensch in seinen Möglichkeiten ist. Wir kennen ihn in seinen Aggressionen und in seiner Brüderlichkeit. Wir wissen, daß er imstande ist, seine Erfindungen für sein Wohl, aber auch selbstzerstörerisch gegen

sich anzuwenden. Nehmen wir Abschied von all den schrecklichen Überforderungen. Ich glaube an tätiges Mitleid und also an die Verantwortung der Menschen. Und an die unbedingte Notwendigkeit des Friedens.

Als demokratischer Sozialist zielen mein Denken und meine Arbeit auf Veränderung. Nicht den Menschen will ich ummodellieren, weil man ihn zerstört, wenn man ihn in ein System zwingt; aber ich glaube an die Veränderbarkeit menschlicher Verhältnisse.

In meinem Leben habe ich viele Illusionen wachsen und schwinden sehen. Viel Verwirrung, Eskapismus und Simplifikation. Hier mangelte Verantwortungsbewußtsein, dort fehlte Phantasie. Aber ich habe auch erfahren, was Überzeugungstreue, Standhaftigkeit und Solidarität bedeuten können. Ich weiß, wie sich moralische Stärke gerade in größter Bedrängnis entfaltet. Manches was totgesagt war, hat sich als lebendig erwiesen.

Alfred Nobel dachte ursprünglich daran, den Friedenspreis nur sechsmal alle fünf Jahre verteilen zu lassen; danach würde er nicht mehr nötig sein. Es hat länger gedauert. Sonst würde ich heute auch keine Gelegenheit gehabt haben, zu Ihnen zu sprechen.

Bertha von Suttner, Friedenspreisträgerin des Jahres 1905, hatte das positive Echo auf ihr Buch „Die Waffen nieder“ überschätzt. Ich gehöre noch zu denen, auf die es einen starken Eindruck gemacht hat, und nach allem anderen bekenne ich mich gern auch zu dem naiven Humanismus meiner ganz jungen Jahre.

Aber ich kann nicht aufhören, ohne Sie und mich an die zu erinnern, die in diesem Augenblick im Krieg leben und leiden, vor allem auf dem indischen Subkontinent und in Vietnam. Ich beziehe die Menschen im Nahen Osten und in anderen Krisengebieten mit ein. Mir ist nicht nach dem lauten Appell zumute. Es

ist leicht, von anderen Maß, Vernunft, Bescheidung zu fordern. Aber diese Bitte kommt mir aus dem Herzen: Alle, die Macht haben, Krieg zu führen, möchten der Vernunft mächtig sein und Frieden halten.

Dank des Nobelkomitees

Auf den Vortrag des Bundeskanzlers antwortete das Mitglied des Nobelkomitees, Professor Sannes, mit der nachstehenden Rede:

Herr Bundeskanzler, lieber Willy Brandt!

Das Nobelkomitee des Norwegischen Stortings hat mich beauftragt, im Namen des Komitees und aller Anwesenden unseren Dank für die Nobel-Vorlesung dieses Jahres auszusprechen.

Ihre Zuhörer heute, wie auch bei der Preisverleihung gestern, die vielen Politiker und einfach Freunde, mit denen Sie sich in diesen Tagen unterhalten haben, und das weite norwegische Publikum, das Sie nicht zuletzt durch das Fernsehen persönlich angesprochen haben — kaum jemand spürte während dieser Begegnung irgendein Gefühl eines durch Zeit und Raum geschaffenen Abstandes.

Vielmehr hatten viele unter uns das Gefühl, ein gestern oder vorgestern willkürlich abgebrochenes Gespräch sei wieder wie eine Selbstverständlichkeit mit Willy Brandt, dem Bundeskanzler und Nobelpreisträger, angefacht worden. Doch waren die Themen der Gespräche neu — es ging um die Zukunft und die Existenz und die Lebensgestaltung der europäischen Menschen und auch um Ihre Verpflichtungen der ganzen Menschheit gegenüber.

Sie haben in dieser Vorlesung auf diejenigen europäischen Traditionen verwiesen, die sich in Ihren heutigen Bemühungen, für die wir Ihnen den Friedenspreis verliehen haben, auswirken. Sie haben uns auch Ihre

eigene Entwicklung im Laufe der Jahre im Rahmen der erschütternden deutschen und europäischen Ereignisse klargelegt.

Doch finden wir bei Ihnen, auf dem langen Weg zum Bundeskanzler und zum Nobelpreisträger, in Ihrer Reaktion gegen unmenschlichen Terror, gegen verheerenden Krieg, gegen Nachkriegsverzweiflung und Chaos, gegen die Bedrohungen der Existenz der Freiheit Ihrer Berliner, wie heute die auf Deutschland, Europa und der Welt lastenden Probleme zwar keine stur festgehaltene dogmatische Ideologie, auf deren Altären Menschen rücksichtslos geopfert werden dürfen, doch eine Lebenshaltung, eine Haltung zum eigenen Leben wie zum Leben anderer Menschen, verpflichtend, verantwortungsbewußt und aktiv, die Ihrem politischen Handeln zugrunde liegt, und aus der sich durch alle Wandlungen ein fester Boden und eine persönliche und politische Kontinuität ergibt.

Sie haben es in Ihrer auf die Zukunft orientierten Vorlesung klargemacht, man müsse auf der Grundlage einer gegebenen historischen Lage die Arbeit anfangen. Für uns, die wir einer anderen, kleineren, vielleicht glücklicheren Nation angehören, ist das eine einfache Sache — die gegebene historische Lage. Sie, Herr Bundeskanzler, gehören einer Nation an, die aus vielen Gründen von den langfristigen, noch heute andauernden Folgen des Zweiten Weltkrieges am schwersten betroffen wurde. Ihr Territorium wurde beschnitten, Ihr Land ist heute in zwei staatspolitische Gefüge geteilt, doch haben Sie, Herr Bundeskanzler, heute sagen können: „Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein.“ Sie haben das gesagt zu einer Zeit, wo man kaum das Ende der Nationalismen in der Welt feststellen kann. Aber dadurch, daß Sie dies offen sagen und zum Ausgangspunkt Ihrer deutschen und europäischen Politik machen können, haben Sie es für Deutschland wie für Europa als Ganzes möglich

gemacht, weiter in der Tagesordnung zu gehen, die deutschen und die europäischen Probleme als Probleme der Zukunft und als solche zu lösende Probleme ernst ins Auge zu fassen.

Und noch ein letztes Wort. Wir stehen in Teilen der jüngsten Generation einer Haltung gegenüber, die sich von der Vergangenheit, den Traditionen, der Erfahrung anderer Generationen losreißen möchte und sich unbefangen, von der Geschichte befreit, den Fragen des heutigen Tages und der Zukunft zu widmen.

Bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, spüren viele die Offenheit für neue Probleme, für den Sinn für Wandel durch Reform, durch die allein man eine Brücke zwischen Generationen schlagen kann.

Auch wenn Sie und wir mit unserer Lebenshaltung und unserer Erfahrung zwar schematische und ideologische Antworten zu den aufgeworfenen Fragen keineswegs akzeptieren können, darf man doch erkennen, wie Sie, Herr Bundeskanzler, es tun: die Probleme sind da, sie sind real, man darf ihnen nicht entfliehen.

Wir danken Ihnen, daß Sie in dieser Vorlesung uns bewiesen haben, daß Sie auf der Grundlage der Bewältigung der Vergangenheit und auf der Grundlage gegebener historischer Tatsachen eine auf die Zukunft gerichtete Politik des Friedens und der Menschlichkeit vertreten. Ohne das deutsche Volk kommt Europa nicht weiter auf diesem Wege, wie auch ohne Europa das deutsche Volk einer Lösung seiner menschlichen und politischen Lebensprobleme nicht näher kommen kann.

Mit dem deutschen Volk, wie es durch Sie, Herr Bundeskanzler, hier vertreten wurde, ist uns allen eine Tür in die Zukunft eröffnet worden. Wir sind heute stolz und glücklich, daß wir Ihnen, Willy Brandt, den Friedenspreis des Jahres 1971 verliehen haben.

Ansprache von Frau Minister Myrdal

Am 11. und 12. Dezember 1971 nahm Bundeskanzler Willy Brandt an einer Versammlung der Stockholmer Hauptkirche in Stockholm teil.

Der schwedische Minister für Abrüstungsfragen, Frau Alva Myrdal, begrüßte den Bundeskanzler vor der Hauptkirche in Stockholm mit folgender Ansprache:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
lieber Willy Brandt!

Daß Dich nun das Nobelkomitee des Norwegischen Storting mit Nobels Friedenspreis geehrt hat, bringt die Bewunderung der ganzen Welt zum Ausdruck für Deine Anstrengungen, dem Frieden in Europa ein festes Fundament zu errichten.

Wir in Schweden nehmen an dieser Huldigung teil als eine der Nationen dieser Welt, die wir so abhängig vom wirklichen Frieden in unserem Teil der Welt sind und uns so sehr danach sehnen.

Aber bei dieser Huldigung, die Dir heute in Stockholm zuteil wird, darf ich es nicht unterlassen zu betonen, wie aufrecht und konsequent Dein staatsmännisches Handeln das Gelübde erfüllt hat, für den Frieden zu arbeiten, so wie Du es gerade hier in dieser Stadt während der bedrückenden Kriegsjahre Dir vorgenommen und zum Ausdruck gebracht hast. Damals warst Du nicht der Führer eines großen Volkes. Aber wenn wir, Sozialdemokraten aus einem Dutzend Länder, uns in der sogenannten „Kleinen Internationale“ ver-

sammelten, wußten wir, daß Du formal zwar nur der Ständige Sekretär warst, in Wirklichkeit jedoch unser ratkräftiger, vorantreibender Führer. Auch war es Deine Stimme, die aus unserer Resolution „Friedensziele“ erklang, die Du ausgearbeitet hattest und die Du, glaube ich, zum letzten Mal bei einer großen Kundgebung am 1. Mai 1945 vortrugst, auf der Schwelle zwischen Krieg und, so meinten wir, Frieden.

Aus diesem Text leihe ich zum Abschluß einige Worte, die so deutlich die Ideen ausdrücken, die Dein Handeln trugen und immer noch tragen. Allem voran steht das Wort: „Der Frieden muß gewonnen werden“, und das nicht nur militärisch, kein neuer Isolationismus, sondern eine lebensstüchtige internationale Rechtsordnung. Das Mißtrauen zwischen Ost und West muß ausgeräumt werden, zwischen „den Demokratien und der Sowjetunion“, wie es da buchstäblich heißt. Selbstbestimmungsrecht für die Völker und für alle Menschen der Erde: das Recht der Meinungsäußerung, der Gewissensfreiheit, der Freiheit von Not und der Freiheit von Furcht.

Bundeskanzler Willy Brandt, für das, was Du getan hast und für das, was Du tust, wirst Du warmherzig geehrt von uns allen hier, besonders von der Jugend, und wir alle wünschen Dir, weiterzuschreiten, mit der Jugend, in die Zukunft.

Ansprache des Bundeskanzlers vor der Hauptkirche in Stockholm

Bundeskanzler Willy Brandt dankte vor der Storkyrkan in Stockholm am 12. Dezember 1971 mit der nachstehenden Ansprache:

Lassen Sie mich Dank sagen für die große Freundlichkeit, die Sie mir entgegenbringen. Und für das, was Alva Myrdal gesagt hat.

Was in diesen Tagen und Wochen an Würdigungen auf mich eingeströmt ist, das steht mir nur bedingt zu. Allein kann ich es weder tragen noch rechtfertigen. Das gilt auch für die Erwartungen. Ich teile die Bürde mit vielen, die sich um den Frieden mühen. Mit allen, die es ernst meinen, in welchem Land, in welchem Amt, in welcher Partei auch immer.

Sie, meine Freunde in Schweden, grüße ich sehr herzlich. Und ich freue mich, daß sich hier wie anderswo viele einbezogen und ermutigt fühlen durch das, was der Friedensnobelpreis zum Ausdruck bringt.

Lassen Sie uns an die Menschen denken, die heute in Krieg leben müssen.

Lassen Sie uns vor allem auch unsere Verbundenheit mit denen bekunden, die verfolgt werden, weil sie Frieden und Menschenrechte wollen.

Ich möchte hier all denen danken, die – aus Schweden oder aus welchem Land auch immer – humanitäre Hilfe leisten. Dienst am Mitmenschen ist Arbeit für den Frieden.

Und lassen Sie uns denen sagen, die in der Entwicklungshilfe stehen, daß sie nicht müde werden dürfen. Ihre Arbeit, die vervielfacht werden muß, ist Dienst am Frieden.

Über mein eigenes Wirken steht mir kein Urteil zu. Ich bin mitten auf dem Weg, nicht an seinem Ende; und ein Ende wird es wohl niemals geben.

Im Kampf um den Frieden – und das heißt heute: um das Überleben der Menschheit – muß jeder fragen, was er selbst tun kann. Wozu er sein eigenes Land bewegen kann. Was dessen spezifischer Beitrag sein soll.

Mein Land hatte die Aufgabe, die dunkle Vergangenheit hinter sich zu bringen, ohne sie zu vergessen.

Es hatte die Aufgabe, die Freundschaft mit dem Westen durch Aussöhnung mit dem Osten zu ergänzen.

Es hat den Ehrgeiz, sich nach bitteren Erfahrungen als ein Volk der guten Nachbarn zu beweisen, im Innern und nach außen.

Einen europäischen Friedenspakt – und in der weiteren Entwicklung vielleicht sogar einen europäischen Friedensbund – zu schaffen, das ist eine Aufgabe, die noch vor wenigen Jahren unlösbar schien. Ich meine, daß wir ihrer Lösung jetzt näherkommen können. Wenn wir uns von Illusionen freihalten. Wenn wir von gemeinsamen Interessen ausgehen, statt von trennenden Ideologien.

Niemand verkenne den Ernst der Lage: Der Friede ist auch in unserem Teil der Welt noch bei weitem nicht gesichert. Er fordert noch harte Anstrengungen.

Schließlich ein ganz persönliches Wort: Ich stehe in der Schuld Schwedens nicht nur, weil ich hier fünf Jahre lang Zuflucht gefunden habe. Nicht nur, weil ich hier viel gelernt habe. Nicht nur, weil ich als Berliner Bürgermeister erfahren habe, was schwedische Näch-

stenliebe bedeutet. Sondern auch, weil mir auf dem Wege der Verständigung zwischen West und Ost aus diesem Lande wertvolle Unterstützung zuteil geworden ist.

Ihnen allen noch einmal herzlichen Dank. Und die ebenso herzliche Bitte, daß wir nicht müde werden im Ringen um die Festigung des europäischen Friedens. Und um das, was ein friedliches Europa der Welt zu geben hat.

Ansprache des Bischofs von Stockholm

In der Storkyrkan ehrte Bischof Ström den Bundeskanzler mit folgenden Worten:

Groß ist die Zahl jener im schwedischen Volk und in der schwedischen Kirche, die Freude und Stolz darüber empfinden, heute Herrn Bundeskanzler Brandt als Friedensnobelpreisträger in der Domkirche Stockholms begrüßen zu können.

Wenn im Leben alles seinen normalen Gang geht, dann handelt selbst der Durchschnitt unter uns und auch die weniger politisch Begabten zur allgemeinen Zufriedenheit. Wenn es aber zur Katastrophe kommt, wenn die großen Belastungen eintreten, dann versagen viele. Dann bedarf es der Gabe, die Zeichen der Zeit ein Stück des Weges im voraus zu erkennen. Dann erfordert es Kraft und Mut, auf seinem Standpunkt zu beharren, daraus die Konsequenzen zu ziehen und dafür einzustehen.

Während sehr schwerer Zeiten sahen wir Willy Brandt getreu in einer demokratischen und kulturellen Tradition, die wir, so glauben wir in Skandinavien, mit dem deutschen Volk teilen, obgleich wir während der dunklen Zeit enttäuscht, verblüfft und entsetzt waren.

Willy Brandt ist heute für uns ein Symbol, ein Zeichen unter vielen anderen, daß diese gefestigte demokratische Tradition in einer reformistischen, aber nicht einer revolutionären Linie überleben und vertieft werden konnte.

Wir sind keinesfalls so vermessen zu glauben, daß die skandinavischen Verbindungen Willy Brandts und sein Aufenthalt in Schweden ihn in seiner Haltung ausschlaggebend beeinflußt haben. Aber wir sind froh und stolz darüber, daß er diese reformistische Auffassung des Sozialismus auch bei uns hat erleben und vertiefen können, und wir wissen, daß seine Auffassung viel für die politische und ideologische Entwicklung auch in unserem Land bedeutet hat.

Der Reformismus hat es in den sechziger Jahren schwer gehabt. Er wurde hart angegriffen von der neuen Linken und als verschwommener und schwacher Kompromiß bezeichnet, der nie zum Ziele führen könne.

Wir haben daher mit besonderer Freude gesehen, wie es Ihnen, Herr Bundeskanzler, gelungen ist, soviel an wirklichen Ergebnissen, an Entspannung und Bereitwilligkeit auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs durch Geduld, Klugheit und zähem Verhandlungswillen zu erreichen. Sie waren niemals gewillt, Menschen für ein Definitivum zu opfern. Jederzeit haben Sie nach möglichen Lösungen und Kompromissen gesucht — und Sie haben uns und der Welt gezeigt, daß man auf diesem Wege weit kommen kann.

Dieser konstruktive Reformismus erfordert Mut und staatsmännische Genialität, und Sie haben uns bewiesen, daß er zu Ergebnissen führt. Sich hierüber zu freuen hat die Kirche, die definitiven Utopien niemals Menschen opfern kann und darf, besonderen Anlaß.

Ihre Art, die Dinge zu sehen, hat der konservativen Kirche geholfen, neuen Zeiten freimütig entgegenzusehen und hat ihr Mut gegeben, die Ruhe zu bewahren, unberührt von drohenden radikalen Gemeinplätzen und allzu billigen Lösungen, ohne deswegen in ihrem Konservatismus beharren zu brauchen.

Seit langem empfinden wir heimlichen Stolz und Freude, wenn wir Ihnen im Schwedischen Fernsehen begegnen und Sie in einwandfreiem Schwedisch sprechen hören oder zumindest skandinavisch, und ich betrachte es als ein Vorrecht, in meiner Muttersprache Gottes Segen für Bundeskanzler Brandt, für sein weiteres Wirken und für sein ganzes Volk zu erbitten.

Rede des Bundeskanzlers in der Hauptkirche in Stockholm

Bundeskanzler Willy Brandt hielt in der Storkyrkan in Stockholm am 12. Dezember 1971 die folgende Rede:

I.

Ich bin dankbar für die Einladung, hier in dieser schönen alten Kirche zu Ihnen zu sprechen. Für das starke und freundliche Interesse am Friedensnobelpreis. Nicht zuletzt für die aufgeschlossenen und ermutigenden Worte, mit denen Dompropst Kastlund mich begrüßt hat.

Keinem fällt es leicht, über den Frieden in Europa zu sprechen, während die Menschen in anderen Teilen der Welt in Krieg leben müssen. Deshalb bitte ich auch hier darum, daß alle, die Macht haben, Krieg zu führen, der Vernunft mächtig sein möchten, die zur Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens erforderlich ist.

Die hohe Ehre, die mir durch die Verleihung des Friedensnobelpreises zuteil wurde, habe ich nicht auf mich allein beziehen können. So stehe ich hier stellvertretend für viele andere — in vielen Ländern und in sehr unterschiedlicher Verantwortung —, die sich in diesen Jahren der Organisierung des europäischen Friedens widmen und dabei nicht aus dem Auge verlieren, was die Welt von Europa erwartet.

Jeder muß wissen, daß dies harte Arbeit auf steinigem Boden ist, und daß man dafür nicht nur Lob erntet, und

nicht einmal nur Zustimmung. Aber es kommt weniger auf das Lob und die Zustimmung an, als auf das zähe Weiterverfolgen dessen, was man als richtig erkannt hat.

Jeder muß auch wissen, daß heute mehr von ihm verlangt wird, als andere mit Applaus oder kritischen Randbemerkungen zu begleiten. Jeder einzelne, der Verantwortung trägt und empfindet, muß sich nach seinem eigenen möglichen Beitrag fragen. Und nach dem besonderen Beitrag, den sein Land leisten kann. Also habe ich die Frage nach dem Beitrag meines Landes beantworten müssen.

Es war alles andere als eine Selbstverständlichkeit, daß der Friedenspreis einem Deutschen zuerkannt worden ist. Viele meiner Landsleute hat dies tief bewegt.

Mir haben Briefe geholfen wie der des Überlebenden eines Vernichtungslagers oder der eines Kriegsverurteilten, der seine Strafe seit mehr als 26 Jahren verbüßt. Frauen und Männer aus verschiedensten Gruppen meines Volkes haben mir geschrieben, sie fühlten nun den Bann des Mißtrauens gebrochen; sie brauchten sich wohl nicht mehr so zu schämen wegen der Schande, die über unser Volk gekommen war; nun könnten sie wieder stolz sein auf Deutschland.

Dies sollte nicht falsch verstanden werden. Kein Volk, und wenn es noch so tief gestürzt ist, kann und will auf die Dauer ohne Stolz leben. Die schrankenlose Grausamkeit des Hitler-Regimes schien das europäische Urteil über die Deutschen unrevidierbar gemacht zu haben. Es war nicht leicht, den Glauben an das anständige Deutschland wachzuhalten.

Es ist jedoch nicht nur so, daß der einzelne Mensch in sich gehen und sich umbestimmen kann. Auch ein Volk kann eine böse Vergangenheit hinter sich bringen und seinen Platz in der Geschichte neu bestimmen.

Nicht wenige meiner Landsleute hätten mit mir aufgeatmet, wenn es den tapferen Männern unseres inneren Widerstandes wenigstens noch am 20. Juli 1944 gelungen wäre, dem zerstörerischen Wahnsinn ein vorzeitiges Ende zu setzen. Stattdessen mußten wir uns in Deutschland, in Europa, durch die harten Nachkriegsjahre und durch den Kalten Krieg hindurchquälen. Bis nun auch ein neues Deutschland – das in der Bundesrepublik seinen rechtsstaatlich-freiheitlichen Ausdruck gefunden hat – aktiv an der Organisation des Friedens mitwirken kann.

Bundeskanzler Adenauer war es vergönnt, einen ersten wichtigen Teil zu vollziehen: die Verständigung und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens. Uns blieb die Aufgabe, den nicht minder wichtigen zweiten Teil anzupacken: die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und eine gesamteuropäische Zusammenarbeit, die über den Ost-West-Konflikt hinausführt und ihn überlagert.

Gestern in Oslo habe ich aus meiner Sicht und Erfahrung darüber gesprochen, was europäische Friedenspolitik in unserer Zeit bedeuten sollte. Daß wir uns nicht zu viel vornehmen dürfen, aber auch nicht zu wenig. Daß wir den unbedingten Gewaltverzicht brauchen. Den Abbau und möglichst auch die Kontrolle der Rüstungen. Trotz aller weiterbestehenden Unterschiede und Gegensätze ein ganz Europa umspannendes Netz der praktischen Zusammenarbeit: ökonomisch, technisch-wissenschaftlich, kulturell. Auch mehr Toleranz; mehr Bereitschaft, die Argumente des anderen anzuhören und zu bedenken.

II.

Es kann nicht darum gehen, die Natur des Menschen ummodellieren zu wollen; wohl aber geht es um die Veränderung seiner Lebensverhältnisse und mancher sei-

ner Verhaltensweisen. Nur so kommen wir zum Frieden, zur guten Nachbarschaft im Innern und nach außen.

Sie wissen, ich bin demokratischer Sozialist. Als solcher schöpfe ich aus den Quellen der christlichen Ethik, des Humanismus, der klassischen Philosophie. Für uns im Einzugs- und Ausstrahlungsbereich des Christentums geht es ja nicht nur um den Frieden in der Ewigkeit, sondern durchaus um den Frieden in der Zeit. Er ist das Thema des Neuen Testaments, welches damit einer Sehnsucht des Menschen entspricht. Der Friede auf Erden ist eine Verheißung, auf die man nicht zu warten braucht, sondern der man sich durch Taten zu nähern hat. Sie erfüllt sich nicht ohne unser eigenes Handeln.

Wer wüßte das besser als der Protestantismus, aus dessen Geist die skandinavischen Glaubensmänner sich dem Werk des Friedens gewidmet haben. An dieser Stelle möchte ich des unvergessenen Erzbischofs Söderblom gedenken. Er war einer der Großen unseres Jahrhunderts – groß in seinem Glauben, in seinem Denken, in seinem Wirken. Er hat nicht nur in der Zwischenkriegszeit der ökumenischen Bewegung mächtige Impulse gegeben, sondern schon im Ersten Weltkrieg hatte er eindringlich von der Friedenspflicht der Kirche gesprochen. Über die christliche Bruderschaft hinaus hatte er auch gesagt: Die Christen müssen stets versuchen, die Voraussetzung des Denkens und Handelns anderer zu verstehen. Und sie müssen mit ganzer Kraft für die Verständigung zwischen den Völkern wirken.

Als Nathan Söderblom im Dezember 1930 in Oslo den Friedensnobelpreis entgegennahm, sprach er von dem breiten und dem schmalen Weg. Auf dem breiten Weg, auf dem der Mensch seine Selbstzufriedenheit und seine schlechten Eigenschaften ruhen läßt, komme

man nicht zum Frieden. Nur der schmale Weg, auf dem der Mensch sich selbst nicht in Ruhe läßt, führe zum Frieden. Für ihn gab es nur den schmalen Weg, „der Bekehrung heißt“. Er betonte damals auch, das Friedensstreben müsse realistischer werden, wenn es sich Geltung verschaffen wolle. Die Frage sei nicht, ob man nach dem einen oder anderen Friedensrezept rechtgläubig ist, sondern ob man wirklich etwas für den Frieden tut.

Mein aufrichtiger Dank soll hier all denen gelten, die wirklich etwas getan haben.

Hierbei denke ich nicht zuletzt an die humanitäre Hilfe, die noch während des Krieges und dann verstärkt nach Kriegsende Flüchtlingen und anderen Notleidenden in großer Zahl zuteil geworden ist. Aus meiner Berliner Zeit weiß ich gut, was die Schwedensuppe für die Kinder bedeutete. Ich nenne keine Namen, keine Organisationen, sondern ich meine alle, sie sich als Helfer von Bedrängten und Verfolgten bewährt haben. Und alle diejenigen, die halfen, damit geholfen werden konnte.

Man könnte sagen, dies habe nichts mit dem Verhindern von Kriegen zu tun, sondern nur mit dem Mildern ihrer Folgen. Ich meine, daß Hilfsarbeit auch Friedensarbeit ist, weil sie Leben rettet, Verzweiflung zurückdrängt, Hoffnung keimen läßt. Dies gilt im besonderen auch für die nicht-staatliche Entwicklungshilfe, den Kampf gegen Hunger und Elend in der Dritten Welt.

Ich habe in meinem Leben erfahren, was Not ist. Ich weiß auch, was das Los der Verfolgten und Verfeimten bedeutet. Schweden und der Norden haben ihr Herz geöffnet und vielen Tausenden das Überleben möglich gemacht. Die durch Fridtjof Nansen und Folke Bernadotte personifizierte Tradition ist lebendig geblieben. Dafür bin ich zusätzlichen Dank schuldig.

Vor allem liegt mir daran, denen in diesem Land und in anderen Ländern meine Anerkennung zu sagen und meine Ermutigung auszusprechen, die sich unermüdlich und selbstlos für Gefangene und Verfolgte einsetzen. Für deren menschenwürdige Behandlung und, wo es möglich ist, Amnestierung. Für die zunehmende Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien in allen Teilen der Welt.

Der Kampf um den Frieden und das Ringen um die Menschenrechte sind nicht voneinander zu trennen.

III.

Meine Dankesschuld gegenüber diesem Land erstreckt sich im besonderen Maße auf die von hier vermittelten ideellen Werte. Ich denke daran, daß wir – die damaligen Flüchtlinge – geistig nicht verkümmern mußten, sondern daß wir lernen und uns entwickeln konnten. Daß es Gesprächspartner gab, die uns ernst nahmen.

Stellvertretend für andere mit nenne ich Alva und Gunnar Myrdal. Diesen beiden bemerkenswerten und ungewöhnlich produktiven Menschen hat es auch damals, während des Krieges, nicht an Arbeit gefehlt. Aber sie haben sich Zeit genommen, mit uns über die Aufgaben nach dem Krieg zu beraten. Wir, das waren Versprengte aus den besetzten und zerstörten Ländern. Und unser zentrales Thema waren die Friedensziele, die Forderungen der Vernunft gegenüber den Verirrungen des Hasses.

Man kann in der Politik nicht nach vorn arbeiten, wenn man ohne Hoffnung ist. Als Alva und Gunnar Myrdal im vorigen Jahr in Frankfurt einen deutschen Friedenspreis erhielten, ist ihr unerschütterlicher Glaube an die menschliche Vernunft gerühmt worden. Mit der daraus sich ergebenden Hoffnung, daß ein illusionsloses und zielstrebiges Bemühen schließlich doch zu Erfolgen führen kann. Ihre Arbeitsgebiete reichen seit

frühen Jahren über das eigene Land und über Europa hinaus. Aber sie haben viel mit dem zu tun, wofür die Kräfte Europas mobilisiert werden müssen.

Das Ringen um Abrüstung ist mühevoll und war bisher durchweg deprimierend. Und doch hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß wir uns mit dem Gleichgewicht des atomaren Schreckens nicht zufrieden geben können.

Die Verhandlungen der beiden Supermächte über die Begrenzung der strategischen Waffen zeigen immerhin erste konkrete Ergebnisse. Mit dem Vorschlag zum Verbot biologischer Waffen hat der Genfer Ausschuß der UN-Vollversammlung zum ersten Mal einen eigentlichen Abrüstungsvertrag — also mehr als einen Begrenzungsvertrag — unterbreiten können. Und gleichzeitig nähern wir uns dem Punkt, von dem aus vermutlich über den beiderseitigen, ausgewogenen Abbau von Truppenstärken und Rüstungen in Europa gesprochen werden kann.

Das wird alles noch sehr schwierig werden, und es wird mehr Zeit erfordern, als uns lieb sein kann. Aber das Bewußtsein für die neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten beginnt sich durchzusetzen.

Es geht ja darum, daß der Weltfriede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters verstanden werden muß. Und daß wir auf Probleme, die den ganzen Globus angehen, auch globale Antworten zu finden haben. Es wäre abwegig, wenn Hilfe für die Dritte Welt und Schutz vor Umweltgefahren als konkurrierende Aufgaben gesehen würden, statt sie als zwei Dimensionen der Weltinnenpolitik zu behandeln.

Die industrielle Welt hat begonnen, sich der Armutsenklaven, der Rückständigkeit in ihrer Mitte bewußt zu werden. Sie darf darüber nicht die Not auf der südlichen Halbkugel vergessen. Es bietet sich uns mehr als der Mut der Verzweiflung. Ich hätte es beispiels-

weise nicht für möglich gehalten, daß große Länder im Laufe weniger Jahre in der Lage sein würden, ihre landwirtschaftliche Produktion auf die Höhe ihres Bedarfs zu bringen.

Zu gleicher Zeit zeigt der Krieg auf dem indischen Subkontinent, wie nahe Hoffnung und Desillusionierung beieinander liegen. Wir sollten uns überhaupt nicht durch eine allzu optimistische Deutung in die Irre führen lassen. Jahr für Jahr sterben Millionen an den direkten und indirekten Folgen von Hunger. Und es scheint nichts mehr daran zu ändern zu sein, daß sich die Menschheit bis zur Jahrhundertwende, also in dreißig Jahren, verdoppelt haben wird, auf zwischen sechs und sieben Milliarden.

Die Fachleute sagen, und ich glaube, sie haben recht: Der Zirkel des Elends wird nur dann an der entscheidenden Stelle durchbrochen, wenn es in diesen siebziger Jahren — in der Zweiten Entwicklungsdekade — gelingt, Erziehung, Beschäftigung, Ernährung, Behausung, Gesundheitsdienst und soziale Sicherung so zu verbessern, daß in den achtziger Jahren sichtbare Erfolge in der Familienplanung möglich werden. Es geht eben nicht darum, einem natürlichen Entwicklungsprozeß nur etwas nachzuhelfen. Sondern es geht darum, anstelle eines zerstörten gesellschaftlichen Gleichgewichts ein neues, dynamisches Gleichgewicht zu suchen.

Jedes Land wird — auch über die unvermeidlichen Spannungen — seinen eigenen Weg finden müssen. Aber die Gesamtaufgabe erfordert stärker als bisher gepiantes, gemeinsames, international aufeinander abgestimmtes Handeln.

Zum anderen: Wenn die natürlichen Vorräte an Wasser, Sauerstoff und lebendiger Substanz unseres Planeten zur Neige gehen, wird eine vergiftete und verhungerende Menschheit nicht mehr nach einer Friedensordnung fragen, um die wir uns heute bemühen.

Die Frage, wie die endlichen Ressourcen dieser Erde zu verwalten sind — was unerläßlich ist, um die biologische Existenz des Menschen zu erhalten — diese Frage wird zunehmend konkret gestellt und beantwortet werden müssen.

Das gemeinsame Interesse am Überleben sollte die Staaten unterschiedlicher Ideologie und Gesellschaftsordnung dazu zwingen, ihre Energien nicht zu vergeuden, sondern sie zur Lösung der objektiv gemeinsamen Probleme zu vereinen. Dieser Einsicht kann sich im Grunde nur entziehen, wem der Untergang dieser Welt gleichgültig ist.

Hier in Stockholm wird im kommenden Jahr die große Umweltkonferenz der Vereinten Nationen zusammen treten. Ich hoffe, sie wird sich der Bedeutung der Aufgabe gewachsen zeigen.

Und an die Adresse der führenden Politiker und Wirtschaftler in den Industriestaaten will ich sagen: Wir müssen alle unseren konstruktiven Beitrag dazu leisten, daß die nächste Welthandelskonferenz in Santiago für die Entwicklungsländer nicht zu einer bitteren Enttäuschung und damit zum Fehlschlag wird, sondern daß sie den Weg nach vorn wieder freimacht.

IV.

Bei uns in Europa geht es darum, den Ost-West-Gegensatz, der schon gemildert werden konnte, weiter abzubauen und so weit wie möglich zu überwinden. Dazu müssen wir von der Wirklichkeit ausgehen — ob sie uns gefällt oder nicht — die sich durch den Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Also müssen wir ausgehen von der Unverletzlichkeit der Grenzen.

Bestehende Grenzen anzuerkennen kann nicht bedeuten, sie zementieren zu wollen. Auf Gewalt zu verzichten bedeutet nicht den Verzicht darauf, um menschliche Erleichterungen und Menschenrechte zu ringen.

Manche Realitäten lassen sich jedoch erst zum Besseren wenden, nachdem man sie zur Kenntnis genommen hat.

In Europa kommt es darauf an, über die Grenzen der Blöcke und der Ideologien hinweg zu mehr Kommunikation und Kooperation zu gelangen. Hierum bemühe ich mich, mit den gewiß begrenzten Möglichkeiten meines Landes. Und selbstverständlich im Gleichklang mit unseren Verbündeten. Ich weiß, daß hiervon viel abhängt für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Nur dürfen und wollen wir mit der Vorbereitung eines europäischen Friedenspaktes nicht warten, bis der mühsame Prozeß der Normalisierung und der Verständigung abgeschlossen ist. Die beiden Vorgänge bedingen und ergänzen einander.

Man kann einen europäischen Friedenspakt durch Gewaltverzichtsverträge vorbereiten. Man kann Elemente der Sicherheit und der Zusammenarbeit miteinander verbinden. Man kann Konferenzen abhalten, um über neue Aufgaben zu beraten. Das wird alles nur so lange und so weit halten, wie die Decke des gegenseitigen Vertrauens reicht. Und es hängt davon ab, wie stark der Wille zum Frieden ist.

Auf der anderen Seite bedarf dieser Wille der vertraglichen Ausformung. So haben wir die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn teils abgeschlossen, teils vorbereitet. So haben wir die Berlin-Vereinbarung der Vier Mächte gefördert und die ergänzenden zwischen-deutschen Verhandlungen geführt. Auf diesem Hintergrund haben wir uns dafür ausgesprochen, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bei Teilnahme der USA und Kanadas, vorbereiten zu helfen. Und gleichzeitig sind wir wie andere bereit, an Verhandlungen über eine Verminderung der Streitkräfte in Europa konstruktiv mitzuwirken.

Mit anderen Worten: Ich unterstelle, daß der Friede organisierbar, daß er machbar ist. Aber ich weiß, daß es dazu großer Anstrengungen und gewissenhafter Vorarbeit bedarf. Frieden muß, so hat es schon Kant dargelegt, auf Vertrag gegründet sein. Dazu kommt es nur durch das Zusammenwirken vieler. Der organisierte Frieden muß an konkreten Ergebnissen ablesbar sein. Er soll und muß mehr sein als die Abwesenheit von Krieg und militärischem Druck. Der Frieden will als etwas Aktives verstanden werden; mit einer neuen nicht nur praktischen sondern auch moralischen Qualität.

Ich bin kein Träumer. Ich weiß, daß die elementaren Auseinandersetzungen um Ideen und Interessen weitergehen. Entscheidend ist, daß sich aus diesem Ringen der Meinungen und Interessen nicht die Ursachen eines neuen Krieges ergeben.

Das Gleichgewicht des Schreckens darf uns nicht beruhigen. Wir brauchen zusätzliche Sicherheit. Wir brauchen die Konsequenzen aus der Erkenntnis, daß der Weltfriede zur Lebensbedingung unseres technischen Zeitalters geworden ist.

Wir brauchen über die regionalen Zusammenschlüsse hinaus die vielgestaltige europäische Zusammenarbeit. Auch für Europa gilt das Wort Abraham Lincolns, daß ein in sich gespaltenes Haus nicht Bestand haben kann.

Der Bischof von Berlin-Brandenburg hat mich in seiner Freundlichkeit auf folgendes hingewiesen: Der Tag, an dem mir das Norwegische Nobelkomitee den Friedenspreis zusprach, stand unter der biblischen Losung: „Ich will Dir Ruhe geben von allen Deinen Feinden“ (2. Samuelis 7, 11).

Nun, das darf wohl keiner von uns zu hoffen wagen. Aber es könnte schon voranführen, wenn einige von denen, die gleich mir Verantwortung tragen, sich der Erfüllung dieser Zusage nicht in den Weg stellten.

ANHANG

Interview mit dem Norwegischen Fernsehen vom 8. Dezember 1971

Bundeskanzler Willy Brandt gab dem Norwegischen Fernsehen am 8. Dezember 1971 folgendes Interview:

Frage:

Herr Bundeskanzler Brandt, hat der Nobelpreis Ihre politische Position in der Bundesrepublik gestärkt?

Antwort:

Das weiß ich nicht. Jedenfalls ist er eine starke Ermutigung, und viele haben — das weiß ich nicht nur aus Gesprächen, sondern auch aus Briefen, die ich erhalten habe — es so gefühlt, daß dies eine Ermutigung nicht nur für den jetzigen Bundeskanzler, sondern auch für andere war, die daran mitgearbeitet haben, einen gemeinsamen Nenner für deutsche Politik und Friedenspolitik zu finden; doch möchte ich das ungern zu einer Frage machen, die mit unserer inneren Diskussion zwischen Regierung und Opposition zu tun hat.

Frage:

Wann erwarten Sie die Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau, und glaubt die Bundesregierung, daß die Ratifizierung des Berlin-Abkommens vorher kommen muß?

Antwort:

Das sind zwei Dinge. Das eine ist die Ratifizierung unserer Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Hier rechne ich mit der ersten Lesung im Bundestag nach den Weihnachtsferien Ende Januar. Erfahrungsgemäß braucht man anschließend zwei bis drei Monate zu einer verantwortlichen Behandlung im Ausschuß. Falls erforderlich, nehmen wir uns etwas mehr Zeit. Irgendwann im Laufe des Frühjahrs wird man also zu der entscheidenden Schlußabstimmung kommen.

Das andere ist Berlin, hier bedarf es keiner Ratifizierung; denn was das Berlin-Abkommen betrifft, so sind zum Teil die Vier Mächte mit ihren Vereinbarungen fertig, doch müssen sie auch ihre Unterschrift unter "the final act", das Schlußdokument setzen. Dieses Schlußdokument umfaßt das Viermächte-Abkommen vom 3. September plus die technischen Vereinbarungen, über welche die zwei deutschen Regierungen einig geworden sind. Ich rechne damit, daß beide Dinge irgendwie gleichzeitig in Kraft treten werden.

Frage:

Was sind nach Ihrer Meinung die wichtigsten Motive Moskaus für die Entspannungspolitik gegenüber Westdeutschland? Haben Sie mit der Erfahrung, die Sie in Gesprächen mit einer Reihe von sowjetischen Führern haben, den Eindruck, daß die Sowjetführer es ernst und aufrichtig meinen, wenn sie von Entspannung und Sicherheit in Europa reden?

Antwort:

Es ist immer eine fragliche Angelegenheit, sich über die Motive der führenden Politiker anderer Länder und überhaupt anderer Politiker auszulassen, da muß man wohl recht vorsichtig sein. Ich glaube, es ist so, daß die russische Führung bessere Verhältnisse anstrebt,

eine bessere Beziehung sowohl zu Westeuropa als auch zu Amerika. Das läßt sich jedoch wohl nicht bewerkstelligen, ohne auch das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Weiter kann man sich fragen, warum wollen sie bessere Beziehungen zu Westeuropa und Amerika? Wollen sie das, weil sie eine bessere Kommunikation, mehr Warenaustausch, mehr technisch-technologischen Erfahrungsaustausch usw. wünschen? Hierbei kann man jedoch an der Bundesrepublik kaum vorbeigehen; im Gegenteil, man schließt die Bundesrepublik gerne mit ein, weil wir eine gewisse Rolle im Rahmen der internationalen Wirtschaft spielen und vielleicht das eine oder andere zu bieten haben, an dem man in Rußland im Hinblick auf technische Zusammenarbeit interessiert ist. Wir sind an den Arbeiten der Russen ebenfalls interessiert.

So haben wir den zweiten Hauptpunkt, und zwar, daß alles, was mit europäischer Sicherheit zusammenhängt, also auch die Frage einer möglichen Reduzierung von Truppen und Rüstungen, auch eine Deutschland betreffende Frage ist, weil hier die stärkste Truppenkonzentration der zwei Blöcke sich befindet. Es treten jedoch auch noch andere Faktoren ins Bild. Um es etwas populär auszudrücken: Als ich mit einem der russischen führenden Politiker vor zweieinhalb Monaten sprach, hätte ich — von der Sprache abgesehen — fast den Eindruck bekommen, mich mit einem Mitglied des Senats in Washington zu unterhalten, das davon sprach, daß es gut wäre, wenn man etwas mehr Geld für andere Dinge als für Rüstungen ausgeben könne. Ich möchte das nicht überschätzen, doch scheint es mir natürlich zu sein, daß führende Männer von großen Industrienationen, unabhängig von der ideologischen und gesellschaftlichen Struktur, die Frage aufwerfen, ob man nicht einen Teil der Gelder, die heute für Rüstungen gebraucht werden, auf andere nichtmilitärische Zwecke umdirigieren kann.

Frage:

Sie erwähnten die Frage einer gegenseitigen und ausbalancierten Reduktion von Streitkräften. Wie sieht die Bundesregierung diese Frage?

Antwort:

Dieses Problem war für uns stets von Interesse, und ich war damals als Außenminister, im Juni 1968 in Reykjavik, selbst dabei, die Aufforderung der NATO an den Warschauer Pakt zu formulieren. Dann kam die tschechoslowakische Krise, die einen Rückschlag bedeutete. Wir sind der Auffassung, daß dies eine wichtige Frage ist. Nicht daß wir die zwei Verteidigungsallianzen NATO und Warschauer Pakt entbehren können. Es wäre eine Illusion, davon ausgehen zu wollen, sie entbehren zu können; man braucht sie als Elemente in einer Sicherheitspolitik. Wenn man sie jedoch nicht zu einer gewissen Herabstufung des Rüstungsniveaus bringen kann, muß man sich auch darüber im klaren sein, daß es sich um eine schwierige Frage handelt. Sie ist ja noch komplizierter als die, womit sich die Russen und Amerikaner in den SALT-Verhandlungen befassen. Schwieriger auch deshalb, weil es mehr als zwei Länder sind, die mitmachen müssen. Wir vertreten daher die Auffassung, daß man entweder in Verbindung mit einer europäischen Gipfelkonferenz oder auch unabhängig davon vor einer solchen Konferenz mit einer Sachbehandlung dessen beginnt, was wir im NATO-Slang MBFR, Mutual Balanced Forces Reductions nennen.

Frage:

Ihr Außenminister, Herr Bundeskanzler, ist ja gerade in Moskau gewesen und hat unter anderem mit den Sowjetführern die Sicherheitskonferenz besprochen.

Gehen Sie von der Erwartung aus, daß eine solche Konferenz bereits im nächsten Jahr stattfinden kann und wann?

Antwort:

Die Nennung eines genauen Zeitraums ist immer schwer. Als Breschnew vor einigen Wochen in Paris war, wurde in der gemeinsamen Erklärung über die Gespräche zwischen ihm und Pompidou gesagt, daß die zwei Regierungen, die französische und die russische, der Auffassung seien, eine solche Konferenz könne schon im nächsten Jahr zustande kommen. Dagegen habe ich an und für sich nichts einzuwenden, doch bin ich nicht ganz sicher, daß man sie bereits 1972 zustande bringt. Ich meine, daß 1972 eine vorbereitende Konferenz stattfinden kann.

Man muß wissen, abgesehen von anderen Faktoren, daß die Vereinigten Staaten und Kanada an der Konferenz teilnehmen sollen. Im nächsten Jahr findet die Präsidentenwahl in den USA statt. Was man vor den Sommerferien nicht zustande bringt, kommt dann in den amerikanischen Wahlkampf. Daher glaube ich fast, daß es realistischer ist, für die Hauptkonferenz das Jahr 1973 und nicht 1972 anzunehmen. Wie gesagt, ich kann mir eine vorbereitende Konferenz vorstellen, an der alle teilnehmen und auf der man sich über die Tagesordnung, die Ausschüsse und die Vorbereitung von Resolutionen und dergleichen einigt. Das könnte meines Ermessens bereits im nächsten Jahr sein.

Frage:

Wird sich die Bundesrepublik bereits auf dem kommenden NATO-Treffen stärker für eine europäische Sicherheitskonferenz einsetzen?

Antwort:

Meiner Meinung nach besteht für uns nicht die Notwendigkeit, den Versuch zu machen, eine Art Führungsrolle zu übernehmen. Dazu verspüren wir absolut keine Lust, da wir einen gemeinsamen Standpunkt zu finden suchen.

Es wird wohl nicht schwer sein, alle auf den Standpunkt zu bringen, der, wie es die Techniker nennen, auf eine Multilateralisierung der Vorbereitungen abzielt. Man kommt also von der zweiseitigen Beratung dahin, daß Vertreter der verschiedenen Länder zusammentreten. Man spricht ja davon, daß die finnische Regierung die Botschafter der verschiedenen Länder einlädt und daß diese mit den vorbereitenden Gesprächen beginnen. Die NATO behandelte dieses Thema im Juni. Da wurde gesagt, daß diese Multilateralisierung in Gang gesetzt werden könne, sofern die Berlinverhandlungen vorangekommen seien. Nun ist es jedoch nicht so, wie einige auch im Osten geglaubt haben, daß die NATO nur jedesmal Entscheidungen treffen könne, wenn die Außenminister sich treffen. Da liegt ein Mißverständnis vor. Der Außenministerrat in der NATO ist ja kein Politbüro. Wir können auch Sachen an die Ständigen Vertreter delegieren. Ich bin der Meinung, daß auf dem Treffen, das jetzt gerade in Brüssel stattfindet, diese Frage als Mandat an den Ständigen NATO-Rat zur weiteren Behandlung überwiesen werden könnte.

Frage:

Wie geht es bei den Verhandlungen zwischen den zwei deutschen Staaten?

Antwort:

Wir mußten diese Gespräche hauptsächlich auf Berlin konzentrieren. Das ist sehr schwierig und hat viel Zeit

in Anspruch genommen. Es ist jedoch auch eine wichtige Aufgabe, wenn möglich zu einer Regelung zu kommen, die einen Rückfall in alle die Schwierigkeiten verhindert, mit denen wir es zu tun hatten, insbesondere was die Verkehrsverbindungen betrifft; die Autobahn und die Eisenbahnverbindung und alles andere mehr. Nun möchten wir ein generelles Abkommen über die verschiedenen Aspekte der Verkehrsverbindungen zwischen den zwei deutschen Staaten. Also nicht nur im Hinblick auf Berlin, sondern über Verkehrsfragen mit allen möglichen Einzelheiten, welche die zwei Staaten berühren.

So werden wir im Laufe des kommenden Jahres Einigkeit erzielen müssen, ob wir nun damit fortfahren, einzelne Aufgaben in Angriff zu nehmen wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die kulturelle Zusammenarbeit, oder, nachdem ein generelles Verkehrsabkommen vorliegt, ob man versuchen soll, lieber eine Art von basic agreement zustande zu bringen, ohne auf praktische Aufgaben einzugehen, und an die mehr generellen Fragen heranzukommen, die das Verhältnis zwischen diesen zwei Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung ordnen, aber dennoch mit dem Versuch, jedenfalls was unsere Seite betrifft, Rücksicht zu nehmen auf die speziellen Verhältnisse, die entstanden sind aus der gemeinsamen Geschichte und dem Umstand, daß es so viele Familien gibt, von denen der eine Teil hier und der andere dort wohnt, so daß zusätzliche Fragen zu den sonstigen aufkommen, wenn man die Beziehungen zwischen zwei Staaten ordnet.

Frage:

Wenn man ein Abkommen zwischen den zwei deutschen Staaten und das Berlin-Abkommen gut in Händen hat, wie sehen Sie dann die Frage der Anerkennung der DDR durch dritte Länder?

Antwort:

Wir haben ja offen erklärt, und zwar sowohl in den Gesprächen, die ich im letzten Jahr mit den führenden Männern der ostdeutschen Regierung hatte, als auch in unseren Gesprächen in Moskau in Verbindung mit unserem Vertrag mit der Sowjetunion, daß, wenn wir eine gewisse Ordnung unseres Verhältnisses zur DDR, dem ostdeutschen Staat, bekommen haben, wir uns einer Aufnahme der zwei deutschen Staaten in die Vereinten Nationen nicht widersetzen werden. Wir wollen diese Sachen am liebsten vom Tisch haben, weil wir nicht wollen, daß die internationalen Organisationen allzusehr zum Schauplatz für den innerdeutschen Streit werden sollen. Les querelles allemandes, wie die Franzosen sagen, wollen wir am liebsten, soweit sich das machen läßt, im Rahmen der innerdeutschen Verhandlungen vom Tisch haben, aber wie gesagt, sobald das geschehen ist, sollen nach unserer Auffassung beide Partner Mitglieder von internationalen Organisationen werden, und dann ist es ja einleuchtend, daß dies auch bei verschiedenen Ländern zur Überprüfung ihres Verhältnisses zur DDR führen wird. Das bedeutet übrigens nicht, daß die drei Westmächte automatisch diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, da sie ja ihre speziellen Fragen haben, die aus ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes herrühren. Ich möchte nicht auf die Form eingehen, welche die einzelnen Länder wählen mögen. Fest für uns steht jedoch, daß sie auf eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen unseren verschiedenen Partnern draußen in der Welt und dem anderen Staat in Deutschland hinausläuft.

Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen für das Gespräch und heiße Sie willkommen morgen in Oslo zur Entgegennahme des Nobelpreises.

Der Preis und seine Geschichte

Am 2. Januar 1897 wurde in einer Stockholmer Zeitung ein Testament veröffentlicht, das überall großes Aufsehen erregte und in den folgenden Tagen durch die Presse der ganzen Welt ging.

Nach Bestimmungen über einige Legate lautete es:

„Mit dem ganzen Rest meines realisierbaren Vermögens ist folgendermaßen zu verfahren: Das von den Nachlaßpflegern in sicheren Wertpapieren anzulegende Kapital soll einen Fonds bilden, dessen Zinsen alljährlich als Preise unter diejenigen zu verteilen sind, die im verflossenen Jahre der Menschheit zum größten Nutzen gereicht haben. Die Zinsen sind in fünf gleiche Teile zu teilen und folgendermaßen zu vergeben:

Einen Teil erhält derjenige, welcher die wichtigste Entdeckung oder Erfindung auf dem Gebiet der Physik gemacht hat;

einen Teil derjenige, welcher die wichtigste chemische Erfindung oder Verbesserung gemacht hat;

einen Teil derjenige, welcher die wichtigste Entdeckung im Bereiche der Physiologie oder Medizin gemacht hat;

einen Teil derjenige, welcher das Vorzüglichste in idealistischer Richtung auf dem Gebiete der Literatur geleistet hat und

einen Teil derjenige, welcher am meisten oder am besten für die Verbrüderung der Völker und die Ab-

schaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Veranstaltung und Förderung von Friedenskongressen gewirkt hat.

Die Preise für Physik und Chemie sind von der Königlichen Akademie der Wissenschaften, die für physiologische oder medizinische Werke von dem Karolinischen Institut zu Stockholm und die an Vorkämpfer der Friedensfrage von einem durch das Norwegische Storting zu wählenden Ausschuß von fünf Personen zu vergeben. Es ist mein ausdrücklicher Wille, daß bei der Preisverteilung keinerlei Rücksicht auf die Nationalität genommen werden darf, so daß also nur der Würdigste den Preis erhält, er sei ein Skandinavier oder nicht.“

Drei Umstände waren es, die zu dem weltweiten Aufsehen führten: die Höhe des Stiftungsbetrages, der sich auf 31,2 Millionen schwedische Kronen belief, die Stiftung selbst, die bisher in der Geschichte kein Beispiel hatte, und vor allem die Person des Stifters: Alfred Bernhard Nobel.

Nobel wurde am 21. Oktober 1833 in Stockholm als dritter von vier Brüdern geboren. 1842 kam er nach Petersburg, wo sein Vater, ein leidenschaftlicher Erfinder, einen bedeutenden Rüstungsbetrieb aufgebaut hatte. Knapp siebzehnjährig wurde Nobel zu dem schwedischen Ingenieur John Ericsson in die Vereinigten Staaten geschickt, um dort seine Ausbildung zu vervollkommen. 1854 kehrte er nach Petersburg zurück und wurde Mitarbeiter seines Vaters. Mit dem Ende des Krimkriegs 1856 hörten die Rüstungsaufträge für die väterliche Fabrik sofort auf, so daß die Firma, nach vergeblichen Umstellungsversuchen auf Schiffbau, 1859 in Konkurs ging.

1864 begann Nobel mit den Versuchen zur Erprobung des von ihm entdeckten „Sprengöls“, einer Mischung

von Schwarzpulver und Nitroglyzerin, das schon 1847 von dem Italiener Sobrero zum erstenmal hergestellt worden war. Diese Entdeckung wurde zum Grundstein seines Vermögens. Als die Unfälle mit dem Sprengöl sich häuften, mischte Nobel das Nitroglyzerin mit Kieselgur, um den Sprengstoff transportsicherer zu machen. Dieses „Dynamit“, wie Nobel es nannte, machte ihn schlagartig berühmt. In kurzer Zeit — nämlich von 1865 bis 1873 — gründete er 15 Dynamitfabriken in 13 Ländern. 1875 gelang ihm die Entdeckung der Sprenggelatine, einer kolloidalen Lösung von Nitrozellulose in Nitroglyzerin, deren Sprengwirkung der des reinen Nitroglyzerins noch überlegen war. Durch einen Zusatz von Kampfer entstand dann 1888 das Ballistit, ein rauchschwaches Pulver, das schon kurz danach in den meisten Armeen Europas eingeführt wurde.

Die beispiellose Erfinder- und Industriellenlaufbahn erklärt jedoch nur eine Seite des Menschen Alfred Nobel.

Schon früh mit der Ansicht Ericssons konfrontiert, der glaubte, Kriege könnten dadurch verhindert werden, daß man die Waffen mit immer größerer Vernichtungskraft ausstattet, entwickelte sich Nobel zu einem glühenden Pazifisten, der sich dem englischen Dichter und Vorkämpfer für die Idee des Weltfriedens, Percy Shelley, seelenverwandt fühlte. Ausschlaggebend für die Stiftung eines Friedensnobelpreises war jedoch wohl seine Begegnung mit Bertha von Suttner, der Verfasserin des Buches „Die Waffen nieder“. Sie verlangte eine allgemeine Abrüstung, um so den Frieden zu sichern. Zwischen Frau von Suttner und Nobel entwickelte sich ein reger Briefwechsel. In seinem Brief vom 7. Januar 1893 taucht zum erstenmal die Idee auf, einen Preis zu stiften, der demjenigen zuerkannt werden sollte, „der Europa den Ideen des allgemeinen Friedens um den größten Schritt nähergebracht habe“.

Noch immer glaubte er nicht an die Abrüstung als Mittel der Friedenssicherung, sondern entwickelte vielmehr den Plan, daß alle Staaten sich verpflichten müßten, sich geschlossen gegen den ersten Angreifer zu wenden. Der streitsüchtige Staat würde so gezwungen, sich an ein Schiedsgericht zu wenden oder sich ruhig zu verhalten, ein Weg, den schon Kant in seinem Traktat „Vom ewigen Frieden“ (1793) aufgezeigt hatte. Bis zur Errichtung seines Testaments hat Nobel diese Ansicht noch einmal abgewandelt, was darin zum Ausdruck kommt, daß er den Friedenspreis demjenigen zuerkannt wissen wollte, der für „die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere“ gewirkt hat. Hier manifestiert sich deutlich der große Einfluß, den das Denken und Schaffen Bertha von Suttners auf ihn ausgeübt hat. Die Stiftung der Preise für Physik, Chemie, Medizin und Literatur erklärt sich aus Nobels besonderer Vorliebe für diese Disziplinen. Physik und Chemie waren das Feld seiner Erfindungen und die Quelle seines Reichtums gewesen. Die Medizin war ein besonderes Interessengebiet des ständig kränkelnden Nobel. Schon zu Lebzeiten stiftete er erhebliche Summen für die medizinische Forschung. In der Literatur endlich suchte er Entspannung; Byron, Maupassant, Björnson, Ibsen, Selma Lagerlöf und Rydberg waren seine bevorzugten Autoren. Nobels literarischer Nachlaß umfaßt Novellen, Gedichte und sogar Theaterstücke, in denen er in etwas schwerfälliger Sprache seine eigenen politischen und religiösen Anschauungen zum Ausdruck brachte.

Der Kosmopolit Nobel — er beherrschte schon mit 21 Jahren Deutsch, Russisch, Französisch und Englisch in Wort und Schrift — war Anhänger eines „ethischen Sozialismus“. Das kam besonders in seinen Ansichten über das Erbrecht zum Ausdruck. Reichtum ließ Nobel nur gelten als Ergebnis eigener Arbeit. Ererbter Reichtum, so fürchtete er, mache den Inhaber träge

und behindere die gesunde Entwicklung der Fähigkeit des Individuums, sich selbst eine unabhängige Stellung zu erkämpfen. Diese Einstellung erklärt, warum Nobel sein für jene Zeit immenses Vermögen einer Stiftung vermachte.

Nach Nobels Tod am 10. Dezember 1896 begann das schwere Werk, sein Testament in die Tat umzusetzen. Über zehn Länder war sein Vermögen verteilt. Die Frage seines Wohnsitzes war nur nach langen Verhandlungen zu klären. Sogar ein Prozeß mit entfernteren Verwandten Nobels mußte noch geführt werden, bis endlich am 10. Dezember 1901 die ersten Nobelpreise verliehen werden konnten. Die ersten Preisträger waren die Deutschen Röntgen für Physik und von Behring für Medizin, der Holländer van t'Hoff für Chemie sowie der Franzose Prudhomme für Literatur. Den Friedenspreis erhielten je zur Hälfte der Gründer des Roten Kreuzes, Henri Dunant, und der Präsident der Société Française d'Arbitrage entre Nations, Frédéric Passy. Während die Nobelpreisverleihungen anfänglich kaum ein Echo in der Weltpresse fanden, nahm das Interesse besonders nach dem Ersten Weltkrieg ständig zu. Heute bilden die Preisverleihungen die Schlagzeilen aller großen Zeitungen; der Friedensnobelpreis findet wohl die größte Beachtung.

Nobels Stiftung wurde zum Vorbild, das schon bald nach seinem Tode Nachahmung fand. So hinterließ im Jahre 1902 der Maler Narcisse Thibault sein Vermögen dem englischen Pazifisten Hodgson Pratt mit der Auflage, das Geld für die Förderung der europäischen Friedensbewegung zu verwenden. Es folgten die Stiftungen des russischen Staatsrats von Bloch und des amerikanischen Industriellen Andrew Carnegie sowie die Woodrow-Wilson-Stiftung. Zu erwähnen sind auch noch die Stiftungen von John Rockefeller und Henry Ford. Obwohl besonders Carnegie, Rockefeller und Ford Summen zur Verfügung stellten, gegen die sich

das Vermögen der Nobelstiftung recht bescheiden annimmt, sind die Nobelpreise heute, wie es Selman Waksman, Medizinpreisträger von 1952, ausgedrückt hat, Höhepunkte einer Lebensarbeit.

Die Verleihung der Nobelpreise, insbesondere für Literatur und Friedenssicherung, ist bis heute problematisch geblieben.

Besonders in bezug auf den Literaturpreis wird behauptet, die Liste derer, die ihn verdient hätten — z. B. Ibsen, Tolstoi, Strindberg oder Rilke —, sei ebenso lang wie die Liste derer, die ihn erhalten haben. In der Tat erscheint es fast unmöglich zu entscheiden, wer das „Vorzüglichste in idealistischer Richtung auf dem Gebiet der Literatur“ geleistet hat. Zu groß ist die Gefahr, daß der Zeitgeschmack des Sieg davonträgt, wie es wohl einige Male in der Geschichte des Literaturpreises vorgekommen ist. Auch hat es sicher gelegentlich Überlegungen gegeben, daß nun ein bestimmter Erdteil oder ein bestimmtes Land „an der Reihe“ sei. Namen wie Pirandello, Gide, Eliot, Mauriac oder Hemingway beweisen jedoch, daß die Verleiher sich mit Erfolg bemühen, dem Willen des Stifters gerecht zu werden.

Ganz anders ist die Kritik, die an der Verleihung des Friedenspreises geübt wird. Es wird gefragt, ob alle Träger dieses Preises wirklich „für die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Veranstaltung und Förderung von Friedenskongressen“ gewirkt haben.

Wie schwer die Bestimmung des Würdigsten ist, geht auch daraus hervor, daß der Friedensnobelpreis der am häufigsten nichtverleihe Nobelpreis ist. Er ist der einzige Preis, der nicht nur an natürliche Personen, sondern auch an Organisationen vergeben wird. Ein besonderes Problem bedeutet die Verleihung an aktive Politiker. Eine solche Würdigung kann, wie Bundes-

kanzler Willy Brandt es anlässlich seines Vortrages zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 ausgedrückt hat, nur dem weitergehenden Bemühen, nicht einer abgeschlossenen Leistung gelten.

Aber auch für den Friedenspreis ist richtig, was schon vom Literaturpreis gesagt wurde: die Verleiher sind dem Willen des Stifters gerecht geworden. Namen wie Henri Dunant, Frédéric Passy, Bertha von Suttner, Albert Schweitzer, Ralph Bunche und Martin Luther King sind hierfür ein eindrucksvoller Beweis.

Die Friedensnobelpreisträger seit 1901

1901 Je zur Hälfte:

Henri Dunant, Gründer des Roten Kreuzes und Urheber der Genfer Konvention, * 8. Mai 1823 in Genf, † 30. Oktober 1910 in Heiden (Kanton Appenzell-Schweiz).

Frédéric Passy, Gründer der ersten Friedensgesellschaft in Frankreich und Präsident der Société Française d'Arbitrage entre Nations, * 20. Mai 1822 in Paris, † 12. Juni 1912 in Neuilly bei Paris.

1902 Je zur Hälfte:

Elie Ducommun, Ehrenamtlicher Sekretär des Ständigen Internationalen Friedensbüros in Bern, * 19. Februar 1833 in Genf, † 7. Dezember 1906 in Bern.

Charles Albert Gobat, Generalsekretär des Interparlamentarischen Büros in Bern, später ehrenamtlicher Sekretär des Ständigen Internationalen Friedensbüros in Bern, * 21. Mai 1843 in Tramelan (Berner Jura-Schweiz), † 16. März 1914 in Bern.

1903 Sir William Randal Cremer, Mitglied des englischen Parlaments, Gründer und Sekretär der International Arbitration League, * 18. März 1838 in Farnham (England), † 22. Juli 1908 in London.

1904 Institut de Droit International (Institut für Völkerrecht), Gent (Belgien).

1905 Bertha von Suttner, Schriftstellerin in Wien, * 9. Juni 1843 in Prag, † 21. Juni 1914 in Wien.

1906 Theodore Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten, * 27. Oktober 1858 in New York, † 6. Januar 1919 in Sagamore Hill (New York).

1907 Je zur Hälfte:

Ernesto Teodoro Moneta, Schriftsteller, Präsident der lombardischen Friedensliga, * 20. September 1833 in Mailand, † 10. Februar 1918 in Mailand.

Louis Renault, Professor des Völkerrechts an der Universität Paris, * 21. Mai 1843 in Autun (Frankreich), † 8. Februar 1918 in Barbizon (Frankreich).

1908 Je zur Hälfte:

Klas Pontus Arnoldson, Schriftsteller, früher Mitglied des schwedischen Reichstages, * 27. Oktober 1844 in Göteborg, † 20. Februar 1916 in Stockholm.

Frederik Bajer, Präsident des Ständigen Internationalen Friedensbüros in Bern, Mitglied des dänischen Reichstages, * 27. April 1837 in Vestergede (Dänemark), † 23. Januar 1922 in Kopenhagen.

1909 Auguste Marie François Beernaert, Staatsminister, Mitglied der belgischen Repräsentantenkammer und des Ständigen Internationalen Schiedsgerichts im Haag, * 26. Juli 1829 in Ostende, † 6. Oktober 1912 in Luzern.

Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant de Rebecque, französischer Senator, Gründer und Präsident des französischen parlamentarischen Schiedsgerichtsausschusses und des Bundes „La Conciliation Internationale“, Mitglied des Ständigen Internationalen Schiedsgerichts im Haag, * 22. November 1852 in La Flèche (Frankreich), † 15. Mai 1924 in Bordeaux.

1910 Bureau International Permanent de la Paix (Ständiges Internationales Friedensbüro), Bern.

1911 Je zur Hälfte:

Tobias Michael Carel Asser, niederländischer Staatsminister und Mitglied des Staatsrates, * 29. April 1838 in Amsterdam, † 29. Juli 1913 im Haag.

Alfred Hermann Fried, Journalist in Wien, * 11. November 1864 in Wien, † 4. Mai 1921 in Wien.

1912 Elihu Root, früher Staatssekretär und Senator der Vereinigten Staaten, * 15. Februar 1845 in Clinton (New York-USA), † 7. Februar 1937 in New York.

- 1913 Henri La Fontaine, belgischer Senator, Präsident des Ständigen Internationalen Friedensbüros in Bern, * 22. April 1854 in Brüssel, † 26. Mai 1943 in Brüssel.
- 1914 Nicht verliehen.
- 1915 Nicht verliehen.
- 1916 Nicht verliehen.
- 1917 Comité International de la Croix-Rouge (Internationales Komitee vom Roten Kreuz), Genf.
- 1918 Nicht verliehen.
- 1919 Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten, * 23. Dezember 1856 in Staunton (Virginia-USA), † 3. Februar 1924 in Washington.
- 1920 Léon Victor Auguste Bourgeois, Präsident des französischen Senats und des Völkerbundes, * 29. Mai 1851 in Paris, † 29. September 1925 in Paris.
- 1921 Je zur Hälfte:
Karl Hjalmar Branting, schwedischer Ministerpräsident, * 23. September 1860 in Stockholm, † 24. Februar 1925 in Stockholm.
Christian Louis Lange, Generalsekretär der Interparlamentarischen Union in Genf, * 17. September 1869 in Stavanger (Norwegen), † 11. Dezember 1938 in Oslo.
- 1922 Fridtjof Nansen, Professor für Ozeanographie an der Universität Oslo, * 10. Oktober 1861 in Store Frøen bei Christiania, † 13. Mai 1930 in Lysaker bei Oslo.
- 1923 Nicht verliehen.
- 1924 Nicht verliehen.
- 1925 Je zur Hälfte:
Sir Joseph Austen Chamberlain, britischer Minister des Äußern, * 16. Oktober 1863 in Birmingham, † 16. März 1937 in London.
Charles Gates Dawes, früher Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Reparationsagent für Deutschland, * 27. August 1865 in Marietta (Ohio-USA), † 23. April 1951 in Chicago.

- 1926 Je zur Hälfte:
Aristide Briand, französischer Minister des Äußern, * 28. März 1862 in Nantes, † 7. März 1932 in Paris.
Gustav Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen, * 10. Mai 1878 in Berlin, † 3. Oktober 1929 in Berlin.
- 1927 Je zur Hälfte:
Ferdinand Buisson, früher Professor an der Sorbonne in Paris, * 20. Dezember 1841 in Paris, † 16. Februar 1932 in Thieuloy-St Antoine (Frankreich).
Ludwig Quidde, Professor der Geschichte in Berlin, * 28. März 1853 in Bremen, † 6. März 1941 in Genf.
- 1928 Nicht verliehen.
- 1929 Frank Billings Kellogg, zuletzt Staatssekretär des Äußern der Vereinigten Staaten, Mitglied des Ständigen Internationalen Schiedsgerichts im Haag, * 22. Dezember 1856 in Potsdam (New York-USA), † 21. Dezember 1937 in St. Paul (Minnesota-USA).
- 1930 Lars Olof Nathan Söderblom, Erzbischof von Schweden in Upsala, * 15. Januar 1866 in Trönö (Schweden), † 12. Juli 1931 in Stockholm.
- 1931 Je zur Hälfte:
Jane Addams, pazifistische Schriftstellerin in Chicago, * 6. September 1860 in Cedarville (Illinois-USA), † 21. Mai 1935 in Chicago.
Nicholas Murray Butler, Professor und Präsident der Columbia-Universität in New York, * 2. April 1862 in Elizabeth (New Jersey-USA), † 6. Dezember 1947 in New York.
- 1932 Nicht verliehen.
- 1933 Sir Norman Angell, Schriftsteller in London, * 26. Dezember 1874 in Holbeach (Lincolnshire-England), † 7. Oktober 1967 in London.
- 1934 Arthur Henderson, zuletzt britischer Staatssekretär des Äußern, Präsident der Weltabrüstungskonferenz in Genf, * 15. August 1863 in Glasgow, † 20. Oktober 1935 in London.
- 1935 Carl von Ossietzky, Journalist in Berlin, * 3. Oktober 1889 in Hamburg, † 4. Mai 1938 in Berlin.

- 1936 Carlos de Saavedra Lamas, argentinischer Minister des Äußern, * 1. November 1878 in Buenos Aires, † 5. Mai 1959 in Buenos Aires.
- 1937 Edgar Algernon Robert Viscount Cecil of Chelwood, früher britischer Blockademinister und Lordsiegelbewahrer, * 14. September 1864 in London, † 24. November 1958 in Tunbridge Wells (England).
- 1938 Office International Nansen pour les Réfugiés (Internationales Nansen-Amt für Flüchtlingsfragen und Flüchtlingshilfe), Genf.
- 1939 Nicht verliehen.
- 1940 Nicht verliehen.
- 1941 Nicht verliehen.
- 1942 Nicht verliehen.
- 1943 Nicht verliehen.
- 1944 Comité International de la Croix-Rouge (Internationales Komitee vom Roten Kreuz), Genf.
- 1945 Cordell Hull, früher Staatssekretär des Äußern der Vereinigten Staaten, * 2. Oktober 1871 in Overton County (Tennessee-USA), † 23. Juli 1955 in Bethesda (Maryland-USA).
- 1946 Je zur Hälfte:
 Emily Greene Balch, früher Professorin der Geschichte und Soziologie, Ehrenpräsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in den USA, * 8. Januar 1867 in Boston (Massachusetts-USA), † 9. Januar 1961 in Cambridge (Massachusetts-USA).
 John R. Mott, früher Präsident des Internationalen Missionsrates, Präsident des Weltbundes der christlichen Vereine junger Männer, * 25. Mai 1865 in Livingstone-Northfield (New Jersey-USA), † 31. Januar 1955 in Orlando (Florida-USA).
- 1947 Je zur Hälfte:
 The Friends Service Council (Quäker) in London.
 The American Friends Service Committee (Quäker) in Washington.
- 1948 Nicht verliehen.

- 1949 Lord John Boyd Orr of Brechin, schottischer Physiker, früher Generaldirektor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen, Präsident des Internationalen Friedensrates und des Weltbundes der Friedensorganisationen, * 23. September 1880 in Kilmaurs (Grafschaft Ayrshire-Schottland), † 25. Juli 1971 in Brechin (Großbritannien).
- 1950 Ralph Bunche, Professor an der Harvard-Universität in Cambridge (Massachusetts-USA) und Treuhänder der Vereinten Nationen im Palästina-Konflikt, * 7. August 1904 in Detroit, † 9. Dezember 1971 in New York.
- 1951 Léon Jouhaux, Präsident der Vereinigten Französischen Gewerkschaften, des Nationalrates für Wirtschaft und der Internationalen Vereinigung der Freien Gewerkschaften, * 1. Januar 1879 in Paris, † 28. April 1954 in Paris.
- 1952 Albert Schweitzer, früher Professor der Theologie, dann Philosoph und Missionsarzt, Gründer und Leiter des Urwaldhospitals in Lambarene, * 14. Januar 1875 in Kayserberg bei Colmar (Elsaß), † 4. September 1965 in Lambarene (Gabun).
- 1953 George Catlett Marshall, früher (im Zweiten Weltkrieg) Chef des Generalstabs der Armee, 1947–1949 Staatssekretär des Äußern, 1950–1951 Staatssekretär für Verteidigung, * 31. Dezember 1880 in Uniontown (Pennsylvanien-USA), † 16. Oktober 1959 in Washington.
- 1954 Office of the United Nations' High Commissioner for Refugees (Büro des Hohen Kommissars der VN für das Flüchtlingswesen), Genf (gegr. 1951).
- 1955 Zurückgestellt, 1956 nicht verliehen.
- 1956 Zurückgestellt, 1957 nicht verliehen.
- 1957 Lester Bowles Pearson, kanadischer Politiker, 1948–1957 Außenminister, 1963–1968 Ministerpräsident, * 23. April 1897 in Toronto (Kanada).
- 1958 Georges Pire, belgischer Dominikaner, Begründer der „Europadörfer“ für heimatlose Ausländer, * 10. Februar 1910 in Dinant (Belgien), † 30. Januar 1969 in Löwen (Belgien).

- 1959 Philipp Noel-Baker, englischer Politiker, * 1. November 1889 in London.
- 1960 Albert Luthuli, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses, Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Farbigen in Südafrika, * 1898 in Rhodesien, † 21. Juli 1967 in Stranger (Südafrikanische Republik).
- 1961 Dag Hammarskjöld, Generalsekretär der UNO, * 29. Juli 1905 in Jönköping, † 17. oder 18. September 1961 bei Ndola (Nordrhodesien) durch ungeklärten Flugzeugabsturz; posthum verliehen.
- 1962 Linus C. Pauling, amerikanischer Chemiker, 1954 Nobelpreis für Chemie, * 28. Februar 1901 in Portland (Oregon-USA).
- 1963 Internationales Rotes Kreuz und Liga der Rotkreuzgesellschaften.
- 1964 Martin Luther King, protestantischer Pfarrer, Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der farbigen Bevölkerung in den USA, * 5. Januar 1929 in Atlanta (Georgia-USA), † (ermordet) 4. April 1968 in Memphis (Tennessee-USA).
- 1965 UNICEF – Internationaler Kinderhilfe-Fonds der Vereinten Nationen (gegr. 1946):
- 1966 Nicht verliehen.
- 1967 Nicht verliehen.
- 1968 René Cassin, Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, * 5. Oktober 1887 in Bayonne (Frankreich).
- 1969 Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Genf.
- 1970 Norman Ernest Borlaug, amerikanischer Getreidezüchter, * 25. März 1914 in Cresco (Iowa-USA).
- 1971 Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, seit 1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, * 18. Dezember 1913 in Lübeck.